

MAGDEBURGER PARTEITAG

Bestehendes Profil geschärft - neue Themen nicht behandelt: Bericht vom Bundesparteitag in Magdeburg

Am 28. und 29. Mai fand in Magdeburg die 1. Tagung des 5. Bundesparteitags statt. Eines sei gleich vorweg gesagt: der Bundesparteitag bestand bei Weitem nicht nur aus dem Tortenangriff auf Sahra Wagenknecht, auch wenn dieser Vorfall die mediale Berichterstattung zeitweise dominierte. Wir haben viele konstruktive und leidenschaftliche Diskussionen geführt und unser Profil als Partei der sozialen Gerechtigkeit und des Friedens weiter geschärft. Andere Themen, wie etwa unser Verhältnis zu Religionen, wurden dafür nicht behandelt und entsprechende Anträge an den neuen Bundesvorstand übertragen.

Ein Angriff auf ein*e ist ein Angriff auf uns alle!

Abseits von inhaltlichen Diskussionen auf dem Bundesparteitag wurde natürlich der

Tortenvorfall auf Sahra Wagenknecht breiter thematisiert. Die Täter*innen, die Sahra während der Rede von Bernd Riexinger eine Schokoladentorte ins Gesicht warfen, waren als offizielle Vertreter der antideut-



schen Zeitschrift „Straßen aus Zucker“ als Journalist*innen akkreditiert. Nach dem Angriff verteilten sie Flyer im Sitzungssaal. Da die wenigsten von uns Delegierten sofort mitbekamen, was überhaupt passiert war, konnten die Angreifer*innen fast einmal durch die gesamte Halle laufen, bevor sie von eingesetztem Sicher-

heitspersonal und Genoss*innen vor die Tür gesetzt wurden. In dem verteilten Flugblatt wurde Sahra unter anderem mit der AfD-Politikerin Frauke Petry verglichen. Letztlich wurde die Polizei herbeigerufen, die Personalien der Angreifer*innen aufgenommen und Anzeige erstattet.

Bernd Riexinger, der seine Rede unterbrach, erklärte nach der Attacke: „Solche Aktionen lehnen wir ab, solche Aktionen helfen nur den Rechten und Gewalt lehnen wir in jeder Form ab, erst Recht Gewalt gegen Frauen.“ Auch Katja Kipping erklärte in einer Rede: „Diese Torten-Aktion war ein Angriff auf Sarah und ein Angriff auf uns alle. Sarah hat immer klar das Wort gegen Faschismus erhoben, sie hat gegen die Asylrechtsverschärfungen protestiert und gestimmt. So eine Form der Attacke ist dumm, inakzeptabel und überhaupt nicht links.“ Tosen der Applaus. Der Parteitag solidarisierte sich in Gänze mit Sahra.

Fortsetzung auf Seite 3



In Magdeburg kam DIE LINKE zu einem Bundesparteitag zusammen
Mehr dazu auf den Seiten 1, 3 und 4



Regine Lück verabschiedet sich aus dem Landtag und zieht Bilanz
Mehr dazu auf den Seiten 6 und 7



Der Direktkandidat Phillip Bock stellt sich den Leser*innen vor
Mehr dazu auf Seite 8

In dieser Ausgabe

Seite 2: Bitte spenden!

Seite 3/4: Bundesparteitag

Seite 4: Bilanz der GroKo

Seite 6/7: Regine Lücks Bilanz

Seite 8: Phillip Bock

Seite 9: Hikmat Al-Sabty

Seite 10: Plattdeutsches

Seite 11: Kurt Kaiser zum 90.

Seite 11: Friedenspolitik

Seite 12: Geschichte

Seite 13: Peter Ritter in Rostock

Seite 14: Kuba heute

Seite 15: Besuch bei der RSAG

Seite 16: Vernetzungstreffen

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser, wenn Ihr diese Ausgabe des KLARTEXT in den Händen haltet, ist Deutschland bei der EM schon ausgeschieden. Wir können uns also den wichtigen Themen zuwenden. Da war zum Beispiel der Bundesparteitag, über den Nico Burmeister berichtet. Saft- und kraftlos hat sich unsere Partei dort nicht präsentiert, auch wenn es der LINKEN sichtlich schwerfiel, sich als jene Kraft zu präsentieren, die gesellschaftliche Debatten in der Gesellschaft vorantreibt. Parteitage dienen allzu oft nur dazu, sich der eigenen Positionen zu versichern. Geschlossenheit nach außen zu zeigen ist uns wichtiger, als kontrovers über neue Themen zu diskutieren. Ein bisschen stimmen wir Euch auf den Landtagswahlkampf ein. Weitere Direktkandidaten stellen sich vor. Leider haben wir keinen Weg gefunden, Euch unser Wahlprogramm (das beste und längste) in kompakter Weise näherzubringen. Wir verweisen auf die 15 „Zukunftspunkte“ unserer künftigen Fraktion, die in den Wahlkampfmaterialien nachzulesen sein werden. Spenden für unseren Wahlkampf sind immer willkommen. Die Spendenkonten der Kreisverbände findet Ihr im Impres-

sum auf S. 15. Oder spendet per SMS (siehe Grafik unten). Wir sagen DANKE! Ein großes Dankeschön geht auch an die Autor*innen, die auch dieses Mal die Redaktion bei ihrer Arbeit unterstützt haben. Kurt Kaiser gratulieren wir nachträglich ganz herzlich zu seinem 90. Geburtstag. Die nächste Ausgabe des KLARTEXT erscheint im September. Dann sind wir vielleicht schon schlauer.
Viel Vergnügen beim Lesen des KLARTEXT wünschen Euch Carsten Penzlin und die Redaktion.



KLARTEXT online

Britisches Referendum: Zeit für einen Neustart der EU

Die Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag, Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch, und die Vorsitzenden der Partei DIE LINKE, Katja Kipping und Bernd Riexinger erklären:

Dieses Votum zeigt die schwere Krise der EU. Die EU-Technokraten und ihre neoliberale Austeritätspolitik haben Europa-Skepsis und Nationalismus den Boden bereitet. Es ist erschreckend, welche schrillen Parolen in der Brexit-Kampagne zu hören waren. Es wäre aber falsch, jedem Befürworter zu unterstellen, dass sein Votum durch Hass motiviert gewesen sei.

Auf der anderen Seite bricht der Brexit den europäischen Status Quo unumstößlich auf. Es ist auch ein Bruch, der die historische Chance eröffnet, den Menschen in Europa ihre Stimme zurückzuge-

ben. Wir wollen, dass die sozialen Rechte der Menschen, dass ihre Zukunft gesichert wird. Wir als LINKE fordern einen Neustart der EU. Eine Debatte und eine Abstimmung über eine europäische Zukunft, an der alle Menschen, die in Europa leben, zu beteiligen sind.

DIE LINKE steht für einen sozial gerechten, friedlichen und demokratischen europäischen Kontinent der Hoffnung. Für ein Europa der Menschen, nicht der Konzerne. Mit dem heutigen Tag ist der Kampf um eine neue soziale und politische Idee für ein Europa des Friedens und der Weltoffenheit neu entbrannt. Führen wir diesen Kampf über alle Landesgrenzen hinweg mit all jenen, die mit uns sind und die Rechte der Menschen gegen die Interessen der ökonomischen und technokratischen Eliten verteidigen.



„Geld ist nicht alles, aber ohne Geld ist alles nichts.“

Liebe Genossinnen und Genossen, werte Sympathisantinnen und Sympathisanten des Kreisverbandes DIE LINKE. Landkreis Rostock!

Die Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern finden bekanntlich am 04. September dieses Jahr statt. **Aus diesem Grund wende ich mich nochmals an euch!** Aus unserem Kreisverband sind drei Genossinnen und Genossen auf der Landesliste unserer Partei zur Landtagswahl 2016 unter den ersten zwanzig Kandidatinnen und Kandidaten vertreten. Als Direktkandidatinnen und Direktkandidaten treten an:

Im **Wahlkreis 11** (Uraltkreis Bad Doberan) tritt **Susanne Krone** aus Laage als Direktkandidatin an.

Im **Wahlkreis 12** (Uraltkreis Rostock-Land) ist es **Peter Georgi** aus Kösterbeck.

Wahlkreis 15 (Stadt Teterow, die Ämter Laage, Gnoien, Krakow am See, Schwaan und Mecklenburgische Schweiz) wird durch unsere Kreistagsfraktion's Vorsitzende, **Genossin Karin Schmidt** aus Laage, abgesichert.

Der **Wahlkreis 16** (Güstrow, Güstrow-Land und Amt Bützow) soll durch **Karen Larisch** erobert werden.

Alle Wahlkämpfe sind mit großem personellen-, materiellen- und finanziellem Aufwand verbunden.

In den letzten Jahren fällt es uns leider immer schwerer, die Gebiete im Kreis, die ohne eigene Basisorganisationen sind bzw. alters- und gesundheitsbedingt Unterstützung benötigen, wahlkampftechnisch abzusichern.

Um diese Aufgaben professionell kompensieren zu können gibt es nur eine Lösung:

Wir müssen unser Spendenaufkommen erhöhen! Meine große Bitte an euch, bitte sprecht mit den Mitgliedern und SympathisantInnen in eurem Wirkungsbereich darüber, ob es möglich ist, eine **zusätzliche** Wahlkampfspende zu leisten. Vielleicht habt ihr auch gute Ideen, **wen ihr darüber hinaus als potentielle Spenderinnen und Spender** ansprechen könnt.

Ich danke euch recht herzlich für euer bisheriges Engagement und wünsche uns gemeinsam einen erfolgreichen Landtagswahlkampf 2016!

Solidarische Grüße

Peter Hörnig
Kreisvorsitzender

Güstrow, 27. Juni 2016

Nico Burmeister berichtet vom Bundesparteitag

Fortsetzung von S. 1

Hintergrund des Angriffes waren Sahras – durchaus kritisch zu betrachtende – Äußerungen zum Thema „Gastrecht“ und „Obergrenzen“. Man kann – und muss – Aussagen, wie „Wir brauchen eine Obergrenze für Flüchtlinge“ kritisch betrachten und solche Behauptungen mit guten Argumenten widerlegen. Die Gleichsetzung von Politiker*innen der LINKEN mit der rechtspopulistischen AfD hilft aber niemandem, im Gegenteil. Diese Gleichsetzung relativiert die menschenverachtende Hetze von AfD und Co. nur und schwächt auf der anderen Seite die politische LINKE – und damit ist nicht nur unsere Partei, sondern die gesamte linke politische Bewegung in Deutschland gemeint.

Moderne Zeiten, moderne Technik: Elektronische Wahlen

Neu auf dem vergangenen Parteitag war die elektronische Abstimmung. Obwohl es zu Beginn eine zeitintensive Debatte um die elektronische Abstimmung gab, hat sich eine Mehrheit der Delegierten letztlich für die Einführung dieser Abstimmungsmethode ausgesprochen. Wie funktionierte das neue Verfahren? Jede*r Delegierte bekam eine Chipkarte und eine dazugehörige Fernbedienung. Die Chipkarte wurde bei jeder Abstimmung in die Fernbedienung gesteckt, um dann durch das Drücken der entsprechenden Nummertaste mit „ja“, „nein“, „Enthaltung“ oder für der/m entsprechende Kandidat*in zu stimmen. Nach jeder Wahl wurden sämtliche Daten gelöscht, sodass eine geheime Wahl gewährleistet wurde. Das neue Wahlverfahren entspricht nicht nur den Gegebenheiten einer technisierten Gesellschaft, sondern ist – und das ist das Wesentliche – viel schneller. Es entfällt das aufwendige Austeilen und Einsammeln der Wahlzettel und erspart stundenlanges Auszählen. Besonders bei Parteitag mit mehreren hundert Delegierten bedeutete dies eine enorme Erleichterung und Zeitersparnis, die der Parteitag dann für inhaltliche Debatten nutzen konnte.

Die Wahlen zum neuen (alten) Bundesvorstand

„Wir müssen in Europa einen Kampf gegen den sozialen Kahlschlag führen. [...] Die Demokratie ist für die Kapitalbesitzer nur noch dann relevant, wenn politische Entscheidungen auf Wettbewerb ausgerichtet sind. Die anderen Parteien sind zur Partei-

en der Enteignung geworden. Soziale Kälte dominiert ihre Handlungsweisen. Die Grünen verstehen sich als Regierungsreserve der CDU, die Rufe nach einer Vermögens-



steuer gehen unter und die SPD gefällt sich in der Rolle der kleinen Schwester. Wir wollen einen Politikwechsel, hin zu einer sozialen Demokratie, die diesen Namen auch verdient.“ – mit diesen Worten wandte sich der alte und neue Parteivorsitzende Bernd Riexinger in Bielefeld an den Bundesparteitag.

Die Wahl der neuen Bundesvorsitzenden brachte nur wenig Überraschungen. Neben Katja Kipping und Bernd Riexinger, die als Duo seit vier Jahren unsere Partei als



Lieber grenzenlos dicht als dicke Grenzen - DIE LINKE Sachsen verteilte Sekt

Vorsitzende repräsentierten, traten wieder an. Darüber hinaus kandidierte Christopher Pietsch für das Amt des Bundesvorsitzenden. Der junge Mann fiel in der Vergangenheit u.a. durch nationalistische und rassistische Hetze auf Facebook und anderswo auf und kam einem Parteiausschlussverfahren mit seinem Austritt zuvor. Eine weitere junge Genossin, die explizit gegen Pietsch antreten wollte, zog ihre Kandidatur nach dem Austritt Pietschs zu-

rück. So blieben Katja und Bernd die einzigen Kandidat*innen. Beide wurden mit einem starken Ergebnis wiedergewählt, das gleichzeitig ein Signal der Geschlossenheit nach außen und Vertrauensbeweis für die geleistete Arbeit der beiden nach innen darstellt.

Nicht nur die Vorsitzenden, auch der gesamte Bundesvorstand wurde neu gewählt. In den vergangenen zwei Jahren saß unser Rostocker Sozialsenator Steffen Bockhahn als einziges Mitglied aus Mecklenburg-Vorpommern im Bundesvorstand. Die Zusammenarbeit und der inhaltliche Austausch zwischen Steffen und dem Landesverband wurde in der Vergangenheit stark rudimentär – dessen waren sich alle bewusst. Steffen trat erneut für einen Sitz im Vorstand an und wollte unter anderem seine kommunalpolitischen Erfahrungen einbringen. Die Bewerber*innen für die gemischte Liste war lang. Sie war fast doppelt so lang wie es Plätze zu vergeben gab und so kam es letztlich zur Stichwahl zwischen Steffen und einem weiteren Genossen. In der folgenden Stichwahl unterlag Steffen und ist damit nicht mehr Mitglied des neuen Bundesvorstandes.

Mut, Entschlossenheit und den Willen zur Veränderung

Die Schärfung unseres Profils als Friedenspartei und Partei der sozialen Gerechtigkeit ist in einer Zeit des Sozialabbaus und der sich ständig verschärfenden Krisen und Kriege absolut notwendig. Doch müssen wir als Partei auch Antworten auf andere Themen haben. Wie ist unser Verhältnis zu Religionen? Wie wollen wir den allgemeinen Rechtsruck in der Gesellschaft nicht nur aufhalten, sondern zurückdrängen? Wie steht es bei uns mit dem Themenfeld der Netzpolitik? Zu all diesen Fragen wurden in mehreren Anträgen und Redebeiträgen gute und sehr gute Ideen und Lösungsansätze präsentiert – leider wurden diese Ansätze mehrheitlich nicht im großen Plenum behandelt. Unsere Partei besitzt das Potenzial, Lösungen auch auf neue Probleme darzulegen, wir müssen aber den Genoss*innen die Möglichkeiten geben, ihre Ideen auch zu diskutieren – nur so können Ansätze innerparteilich weiterentwickelt werden, damit sie schließlich auch mit den Menschen vor Ort besprochen werden können. Darin liegt der Schlüssel einer erfolgreichen linken Politik.

Fortsetzung auf S. 4

Parteitag in Magdeburg - Fortsetzung

Fortsetzung von S. 3

Der vergangene Bundesparteitag hat Mut gemacht. Mut, die bestehenden Probleme anzugehen. Rassist*innen entgegenzutreten, Kriegstreiber*innen die Stirn zu bieten und die immer weiter auseinanderklaffende Schere zwischen Arm und Reich wieder zu schließen. Kleinere politische Dämpfer dürfen uns nicht entmutigen, denn unsere Partei ist – trotz aller Schwierigkeiten – auf einem guten Weg. Der Bundesparteitag in Magdeburg hat gezeigt, wir haben keinen Grund beschämt durch die Welt zu laufen, im Gegenteil! Unsere Forderungen sind gerecht, denn sie nützen der überwältigen Mehrheit der Menschen in diesem Land. Dafür zu streiten lohnt es sich. Lasst uns mit Kraft und Mut, mit Schwung und Optimismus in den Landtagswahlkampf in Mecklenburg-Vorpommern gehen! In diesem Sinne möchte ich mit einem Satz Gregor Gysis enden: „Kopf hoch; und nicht die Hände!“

Text und Fotos: Nico Burmeister

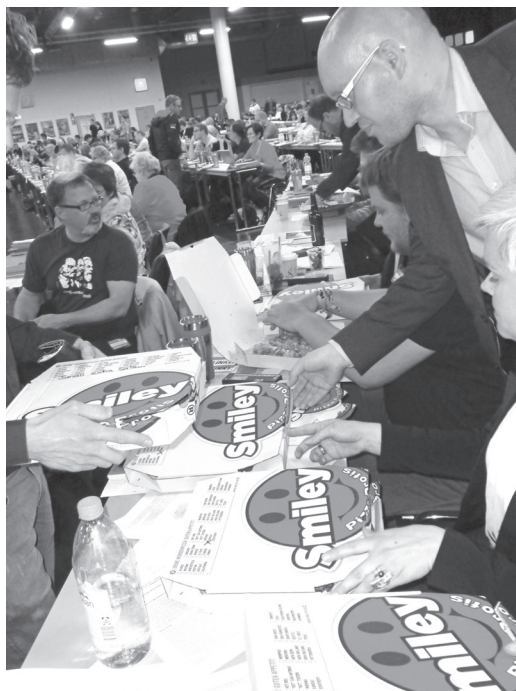


Foto links: Auch Sonnabend Nacht um halb Eins war die Stimmung in der Delegation aus M-V sehr gut.



Auch die Donnis aus Lütten-Klein waren da und hatten sichtlich Spaß.

Helmut Holter über die Bilanz der Großen Koalition in Mecklenburg-Vorpommern

Die Arbeit der Großen Koalition ist stark von den unterschiedlichen, oftmals entgegengesetzten Zielen von SPD und CDU geprägt. Eifersüchtig darauf bedacht, der jeweils anderen Partei ja nicht das Schwarze unter den Nägeln zu gönnen, bleiben z. B. viele SPD-Ansprüche wie auf Verbesserung der Situation und Löhne für Beschäftigte, mehr Steuergerechtigkeit oder die Mietpreisbremse auf der Strecke. Mangels Einigung wurden viele drängende Aufgaben nicht angepackt, die Landesregierung verzettelt sich stattdessen im Kleinklein. In der Folge herrschen in fast allen Politikfeldern große Lücken: Investitionslücken, Bildungslücken, Betreuungslücken, Wohnungslücken, Ärztelücken, Mobilitätslücken, Personallücken . . .

Es ist nicht allein Untätigkeit und Konzeptionslosigkeit, die diese Landesregierung kennzeichnen. SPD und CDU sind tief in einer Selbstgefälligkeit und -herrlichkeit verfallen, die ihre Augen und Ohren verkleistern für die Sorgen und Probleme von Menschen in unserem Land. Ihre Arroganz der Macht führt nicht nur zu einer grundsätzlichen Ablehnung aller Vorschläge der demokratischen Opposition im Landtag. Auch sämtlicher Protest, der sich außerhalb des Parlaments formiert, alle Alternativen, die die Menschen vorschlagen und für die sie viele tausend Unterschriften sammeln, werden vom Tisch gewischt.

Dies ist beim Kampf um den Erhalt der Theater und Orchester so. Dies ist bei der Polizeireform mit inzwischen unverantwortlichem Personalabbau so. Dies ist bei der Gerichtsstrukturreform mit massivem Rückzug der Gerichte aus der Fläche so. Dies ist mit der Ausdünnung der Bahnangebote und der Zerschlagung der Südbahn so. Es ist nicht verwunderlich, dass sich die Menschen enttäuscht von der Politik abwenden oder rechtspopulistischen Kräften ihre Stimme geben, weil diese ihnen ein Ventil für ihren Frust bieten.

In den vergangenen 25 Jahren haben die Menschen in unserem Land vieles aufgebaut und erreicht. Heute sehen sie mit Sorge, dass Fassaden, Straßen und Brücken bröckeln und sich nichts weiterentwickelt, weil Investitionen ausbleiben. Viele Kommunen können aufgrund knapper Kassen und steigender Sozialausgaben andere Aufgaben nicht mehr bewältigen. Sie fahren ihre Infrastruktur notgedrungen auf Verschleiß, gekürzt wird bei den Kindern, aber auch bei Jugend- und Alzentreffs.

Der öffentliche Personenverkehr existiert in ländlichen Regionen nur noch rudimentär, die Wege zum Einkaufen oder zum Arzt werden immer länger. Dabei ist der Osten des Landes ungleich stärker betroffen – hohe Langzeitarbeitslosigkeit, Abwanderung, kaum Geld für das Nötigste und zunehmende Resignation. Dies alles kennt

die Landesregierung. Sie tut aber nichts, an diesem Zustand etwas zu ändern. Wir haben immer wieder einen Regionalbudget für besonders strukturschwache Gebiete eingefordert – von SPD und CDU immer wieder abgelehnt. Über die vergangenen Jahre wurde die Kluft zwischen den östlichen und westlichen Landesteilen immer größer. Zu Recht fühlen sich viele Menschen von der Landesregierung verraten und verkauft.

Das gesamte Regierungshandeln steht unter dem Spardiktat der Finanzministerin. Selbstverständlich müssen Schulden abgebaut und Reserven zurückgelegt werden. Aber die guten Einnahmen des Landes erlauben darüber hinaus auch, Bildung und Kultur stärker zu unterstützen, den Sanierungsstau bei Straßen und Brücken anzugehen, den Öffentlichen Personenverkehr zu verbessern und die Kommunen wieder stärker handlungsfähig zu machen.

Quelle: www.linksfraktion.de



Erhalten statt Abriss - Für ein Wohn- und Kulturprojekt in Toitenwinkel (Soziales Rostock e.V.)

Rostock wächst wieder und nicht nur der Wohnraum wird zunehmend knapp, sondern auch Flächen für Begegnung, Kultur, Arbeiten und Bildung. In dieser Situation gründete sich Anfang 2015 der Verein Soziales Rostock, der sich zum Ziel gesetzt hat das ehemalige SBZ in Toitenwinkel „Zum Lebensbaum 16“ zu einem Wohn- und Kulturprojekt zu entwickeln. Dazu soll der Abriss des ehemaligen Kindergartengebäudes verhindert werden. Dann plant der Verein, dort auf 2/3 der Fläche bei bezahlbaren Mieten Wohnen und auf 1/3 der Fläche Räume für Soziales, Freizeit, Kultur und Bildung zu schaffen, um, in dem sich entwickelnden Quartier, neue räumliche Möglichkeiten für alle Menschen im Stadtteil zu schaffen. Nicht in Konkurrenz zum SBZ, sondern sich ergänzend. Geplant ist ein Café mit Außenbereich, Seminarräume, Büros, Lagerräume, Räume für Kreativität, Kultur und Kunst. Insgesamt hat das Haus

Platz zum Wohnen für 35 Menschen. 20 Aktive sind schon dabei und treffen sich regelmäßig. Im direkten Netzwerk stehen



bereits 80 Interessierte.

Mehr Vielfalt in Toitenwinkel

Besonders hilfreich kann das Wohn- und Kulturprojekt auch deswegen sein, weil im

direkten Umfeld größere Flächen für weiteren Wohnungsbau vorbereitet werden und die neuen und alten Einwohner im Projekt einen Begegnungsort finden, der Neues und Altes zusammenbringen möchte. Soziales Rostock möchte mit dem Angebot die Stadt und Toitenwinkel in der Weiterentwicklung unterstützen und ist überzeugt, damit den Plänen der Stadt nicht entgegenzustehen, sondern diese sinnvoll zu ergänzen.

Die Bürgerschaftssitzung am 06. Juli 2016 wird zeigen, ob die Stadt bereit ist, mit ihren Einwohner_Innen gemeinsam zu planen und zu entwickeln. Geschieht dies nicht, stellen wir uns zu Recht die Frage: Wem gehört die Stadt, wenn nicht uns?

Ellen Fiedelmeier

Ein Zukunftsprojekt für unser Land

Aus den Zukunftsprojekten unseres Landtagswahlkampfes:

KINDER- UND JUGENDARMUT BEKÄMPFEN!

Die Kinderarmut in Mecklenburg-Vorpommern ist alarmierend. Nahezu jedes dritte



Kind und jeder dritte Jugendliche ist von Armut betroffen. Damit ist M-V nach Bremen und Sachsen-Anhalt das Bundesland mit dem drittgrößten Armutsrisiko für Kinder und Jugendliche. Dies hat für die Betroffenen gravierende Folgen. Studien belegen: Sie lernen weniger Neues kennen, können also ihren Horizont nicht wie andere Kin-

der erweitern. Aber auch an elementaren Dingen, wie Winterkleidung, mangelt es. Die eine Maßnahme zur Überwindung von Kinderarmut gibt es nicht. Es braucht eine Vielzahl an Schritten, von denen die Einführung einer armutsfesten Kindergrundsicherung auf Bundesebene die wichtigste ist. Auf Landesebene wollen wir gemeinsam mit Bündnispartnern ins Gespräch kommen und unsere Möglichkeiten nutzen, die gesellschaftliche Teilhabe von Kindern und Jugendlichen zu verbessern. Zentral ist hierbei die Verbesserung der vorschulischen Bildung.

In den kommenden fünf Jahren wollen wir jährlich einen Jahrgang der Kinderbetreuung in den Kitas für die Eltern kostenfrei stellen:

2017 die sechsjährigen Vorschulkinder, 2018 die fünfjährigen, 2019 die vierjährigen und 2020 die dreijährigen. Wir treten für die Einführung des Kita-Anspruchs auf einen Ganztagsplatz für alle 3- bis 6-Jährigen ein. Kurzfristig wollen wir die Anzahl der Erzieher/-innen erhöhen. So soll künftig in der Krippe eine Fach-

kraft fünf Kinder betreuen. Im Hort sollen es nur noch 21 Kinder sein. Mittelfristig wollen wir ein Verhältnis von 1:12 im Kindergarten und 1:18 im Hort durchsetzen. Wir wollen einen „Runden Tisch“ gegen Kinderarmut zur Verbesserung der gesellschaftlichen Teilhabe initiieren und einen „Familienpass M-V“ mit vergünstigten Angeboten für Familien einführen. Weiterhin wollen wir für eine auskömmliche Finanzierung der Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit sorgen.

Kosten: - kurzfristige Verbesserung der Fachkraft-Kind-Relation in Krippe und Hort: 17,8 Mio. Euro

- mittelfristige Verbesserung: weitere 19,8 Mio. Euro

- Ganztagsplatzanspruch: 2,1 Mio. Euro

- Erhöhung der Landeszuweisungen für Kinder- und Jugendhilfe: 2 Mio. Euro



Regine Lück zieht Bilanz

Liebe KLARTEXT-Leser*innen, nach 14 Jahren im Landtag scheidet Regine Lück im September aus dem Parlament aus. Damit verlieren unsere Fraktion und der Landtag eine engagierte und anerkannte Politikerin. Wer aufmerksam den KLARTEXT liest, weiß, dass Regine den Schwerpunkt ihrer Arbeit auf die Wohnungspolitik legte. Schon früh wies sie auf die Probleme hin, die insbesondere auf die großen Städte in Mecklenburg-Vorpommern zukamen: hohe Mieten und ein Mangel an bezahlbarem Wohnraum. Die Ignoranz der Regierungsfaktionen hielt sie nicht davon ab, immer wieder mit Anträgen den Finger in die Wunde zu legen. Darüber berichtet sie Euch selbst (siehe unten). In ihrer letzten Legislaturperiode war Regine Lück Vizepräsidentin des Landtages. Wahlkreisarbeit spielte für Regine immer eine herausragende Rolle. Sie suchte vor allem auch das Gespräch mit den ärmeren Rostockerinnen und Rostockern, sei es während der Erwerbslosenfrühstücke oder direkt an der Ausgabestelle der Tafel. Sie hatte immer ein offenes Ohr für die Anliegen von Verbänden und Vereinen. Das macht uns als LINKE in Rostock so stark. Last but not least: Der KLARTEXT verliert eine Autorin, die immer bereit war, neben den zahlreichen Besuchen in Basisorganisationen und Stadtteilverbänden auch in der Mitgliederzeitung ihrer Partei über ihre Arbeit zu informieren. Diese Verbundenheit mit der Parteibasis trug ganz sicher auch zu ihrer außerordentlichen Popularität bei den Rostocker Linken mit bei. Die Redaktion möchte sich an dieser Stelle bei Regine und ihren Mitarbeiterinnen für die gute Zusammenarbeit bedanken. Wir wünschen Regine Lück alles Gute und sind überzeugt, dass sie ihre Erfahrung und ihre Energie auch weiterhin in den Dienst der linken Sache stellen wird.

Die Redaktion

Bezahlbares und bedarfsgerechtes Wohnen ist und bleibt Ziel linker Wohnungspolitik

Liebe Genossinnen und Genossen, wie ihr wisst, habe ich mich gegen eine erneute Kandidatur für den Landtag entschieden. Mit Ende der jetzigen Legislatur beginnt für mich ein neuer Lebensabschnitt, auf den ich mich schon sehr freue. Ich möchte euch hiermit einen Ausschnitt meiner Bilanz der vergangenen fünf Jahre meiner Arbeit liefern.

Bilanz in Zahlen

Von 20 Anträgen aus dem Bereich Wohnen und Mieten mündete nur der Antrag „Landesweites Moratorium für vorhandene Ferienwohnungen in Wohngebieten und im un-

beplanten Innenbereich“ in einer Entschließung aller demokratischen Fraktionen, alle anderen Anträge wurden abgelehnt. Ich stellte 40 Kleine Anfragen und führte zwei Landes-Wohnungskonferenzen im Herbst 2012 und Herbst 2015 durch.



Änderung Landesbauordnung – seit 31. Oktober 2015 in Kraft

Bei Gebäuden mit mehr als zwei Wohnungen müssen Wohnungen eines Geschosses oder eines Aufganges nun barrierefrei gebaut werden. Das ist eine Verbesserung gegenüber der alten Landesbauordnung in der Barrierefreiheit erst ab mehr als 6 Wohnungen vorgeschrieben war. Unter anderem brachten wir Änderungsanträge für die Durchsetzung der Barrierefreiheit ein, leider wurden alle abgelehnt. Darin enthalten war:

- Klarstellung, dass bei barrierefreien Wohnungen auch Abstellräume barrierefrei sein müssen.
- Aufnahme, dass Wahllokale barrierefrei sein müssen.
- Prüfung im Genehmigungsverfahren, ob Vorschriften zur Barrierefreiheit auch eingehalten werden – derzeit wird bei vereinfachten Genehmigungsverfahren die Einhaltung nicht kontrolliert, damit laufen verbesserte Vorschriften ins Leere.

Sozialer Wohnungsbau – Soziale Wohnraumförderung

Im Herbst 2015 beantragte ich ein „Sonderprogramm zum Bau von Wohnungen mit sozialer Bindung“. Nach 18 Jahren ausschließlicher Förderung im Wohnungsbestand wollten wir auch wieder eine Neubauförderung in Ober- und Mittelzentren mit Leerständen unter 3 Prozent erreichen. Auch sollte geprüft werden, ob noch nicht begonnene Rückbaumaßnahmen bei Bedarf ausgesetzt werden. Der Antrag wurde abgelehnt mit Verweis auf den großen Leerstand im Land. Im Laufe der Haushaltsberatungen kam dann die Einsicht, dass meine Forderungen richtig sind. Mit dem Haushalt werden 20,5 Mio. Euro für 2016 und 2017 für den Sozialen Wohnungsbau und die Wiedernutzbarmachung leer stehender Wohnungen bereitgestellt. Allerdings gibt es bisher noch

keine Richtlinien und die Kommunen müssen mitziehen und Grundstücke preiswert bereitstellen – das gilt insbesondere für Rostock und Greifswald.

Die Bundesbauministerin Barbara Hendricks fordert eine Verdopplung der sozialen Wohnraumförderung auf 2 Milliarden Euro und die Aufstockung der Städtebauförderung von 700 Mio. Euro auf 1 Milliarde Euro. Setzt sie sich durch, muss das Land das Geld vollständig zweckgebunden einsetzen. Das Geld wird gebraucht um mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und auch weiter den Wohnungsbestand und das Wohnumfeld aufzuwerten und anzupassen. Flüchtlinge mit Bleiberecht brauchen bezahlbaren Wohnraum genau wie Einheimische und Studenten, auch wird die Bevölkerung älter (schon jetzt fehlen 35.000 barrierefreie Wohnungen).

Wohnungslosenstatistik und Wohnungsmarktbericht

Es gibt keine Statistik, wie hoch Obdachlosigkeit und Wohnungslosigkeit in Deutschland sind. Mit einem Antrag wollten wir, dass sich MV für die Einführung einer bundesweiten Statistik einsetzt – nur wer Zahlen und Orte kennt, kann auch reagieren und agieren:

- Der Wohnungsmarkt in MV ist sehr unterschiedlich, so sind bezahlbare Wohnungen besonders in den Unistädten und den Urlaubshochburgen knapp, dagegen gibt es teils erheblichen Leerstand in ländlichen Regionen.
- In anderen Bundesländern gibt es regelmäßige Berichte und ein Wohnungs-Monitoring – so kann kleinteilig und zielgerichtet auf Veränderungen reagiert werden, unser Antrag dazu wurde abgelehnt.



Wohngeld

In MV bezogen 2015 etwa 22.000 Haushalte Wohngeld. 30 Mio. Euro Wohngeld wurden ausgezahlt (Hälfte Bund, Hälfte Land) – von der Reform 2009 profitierten rund 39.000 Haushalte. 73 Millionen Euro Wohngeld wurden ausgezahlt. Die Anzahl der Wohngeldhaushalte ging schlagartig

zurück, als die Heizkostenpauschale gestrichen wurde. Viele rutschten in Hartz IV bzw. die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung ab. Seit Jahresbeginn wurde das Wohngeld endlich erhöht – erwartet wird, dass wieder mehr Haushalte Anspruch auf Wohngeld haben – neue Zahlen gibt es noch nicht.



Mietpreisbremse

Die Bürgerschaften von Rostock und Greifswald haben Beschlüsse gefasst und wollen eine Mietpreisbremse bei bestehenden Verträgen und vor allem bei Mieterwechsel. Die Landesregierung verweigert und verzögert eine Landesverordnung weiterhin. Wir Linken hatten gemeinsam mit den Bündnisgrünen im Mai dieses Jahres wieder einen Antrag dazu im Landtag, doch angeblich fehlen immer noch Zahlen von den Kommunen. Das deuten wir als nur vorgeschoben und Ablenkung, dass das CDU regierte Wirtschaftsministerium keine Mietpreisbremse will. Die SPD will die Mietpreisbremse – muss sich aber an den Koalitionspartner halten.

Ich habe von Anfang an mit Anträgen versucht zu erreichen, dass sich die Landesregierung für eine bundesweit und flächendeckend geltende Mietpreisbremse einsetzt, die nicht vom Gutdünken der Landesregierung abhängt.

CSU und CDU auf Bundesebene haben die Mietpreisbremse nicht nur verzögert, sondern auch verwässert und erschwert. Die volle Bremskraft wird nicht erreicht. Vermieter nutzten die Zeit der zähen Verhandlungen, um noch einmal kräftig die Mieten zu erhöhen.

Ferienwohnungen in Wohngebieten

Durch ein Gerichtsurteil des Oberverwaltungsgerichtes Greifswald 2007 waren plötzlich alle Ferienwohnungen in Wohngebieten illegal geworden, obwohl z.B. eine Gästewohnung oder Gästezimmer im Eigenheim zur Jahrzehnte langen Tradition im Land gehörte. Insbesondere im Landkreis Rostock wurde die Vermietung untersagt, das traf besonders die Ostseebäder, aber auch Tourismusregionen im ländlichen Raum, es herrschte große Verunsicherung bei Vermietern und auch Gästen. Auf Grundlage des Antrages meiner Fraktion wurde eine Bundesratsinitiative aus M-V für die Änderung der Baunutzungsverordnung gestartet, allerdings ist das Interesse der anderen Länder gering, weil es so eine strenge Rechtsprechung woanders nicht gibt.

Es konnte zumindest erreicht werden, dass Ruhe eingekehrt ist und nicht jede Vermietung unterbunden wird, in Kühlungsborn wurde begonnen, die B-Pläne zu ändern – wirkliche Rechtssicherheit ist jedoch nur mit einer Klarstellung in der Baunutzungsverordnung zu erreichen.

Zweckentfremdung von Wohnraum verhindern

Im Zusammenhang mit der Ferienwohnungsproblematik wollten wir zudem erreichen, dass die Kommunen ein Instrument in die Hand bekommen, die Umwandlung von Wohnraum in Ferienwohnungen zu verhindern wenn Wohnungsknappheit herrscht.

Um das durchzusetzen, müsste genau wie bei der Mietpreisbremse durch die Landesregierung definiert werden, anhand welcher Kriterien Wohnungsknappheit ermittelt werden kann und wo Wohnungsnot zu befürchten ist – dem verweigert sich das Land.

Kosten der Unterkunft und Heizung

In Rostock werden im Jahr knapp 200 Kostenenkungsverfahren gegenüber Bedarfsgemeinschaften eingeleitet, 75% wegen zu hoher Kaltmiete, 25% wegen zu hoher Heizkosten. Ich wollte erwirken, dass das Land die Kommunen dabei unterstützt, eine Klimakomponente bei den KdU-Richtlinien einzuführen. So sollte eine höhere Kaltmiete möglich sein, wenn dafür weniger Heizkosten anfallen. Es kann nicht weiter angehen,

dass arme Leute in unsanierten Häusern wohnen, weil bei Modernisierung die Miete steigt und nicht mehr den Richtlinien entspricht.

Altschulden

Auch nach 25 Jahren tragen kommunale und genossenschaftliche Wohnungsunternehmen im ländlichen Raum Altschulden (50-70 Euro je Quadratmeter Wohnfläche). Durch Leerstand und niedrige Mieten (fast nur Mieter mit Hartz IV und Grundsicherung im Alter) können sie nicht abgetragen werden. Eine Altschuldenentlastung muss wenigstens beim Abriss erfolgen, denn auch nach Abriss sind Altschulden und Kredite weiter zu bedienen – damit fehlt das Geld für Investitionen in den bewohnten Bestand. Wir fordern ein Strukturprogramm (kostendeckender Rückbau und Altschuldenentlastung) um die wirtschaftliche Schiefelage zu beseitigen und die Handlungsfähigkeit der Unternehmen zu erhöhen.

Energetische Sanierung von Gebäuden

Die Sanierungsquote liegt weiter unter einem Prozent, damit sind die Klimaschutzziele nicht erreichbar. Mit Anträgen machten wir deutlich, dass statt steuerlicher Anreize zugunsten

Besserverdienender eine sozial gerechtere Förderung des Bundes gebraucht wird, die Mittel sind massiv von 2 auf 5 Milliarden Euro pro Jahr aufzustocken.

Auch sollte die Förderung energetische Sanierung sozialer Infrastruktur wieder eingeführt werden, bis 2009 gab es einen solchen Investitionspakt für Schulen, Kitas, Krankenhäuser etc.



Landesraumentwicklungsprogramm

Obwohl das Landesraumentwicklungsprogramm die Weichen für die kommenden 10 bis 15 Jahre der räumlichen Entwicklung stellt, ist der Landtag völlig außen vor – er wird weder beteiligt noch beschließt er das LEP. Das wollten wir ändern – wie in anderen Ländern auch, sollen die

Fachausschüsse des Landtages sich mit den Planungen auseinandersetzen und daran mitwirken und das LEP durch Beschluss des Landtages in Kraft setzen – so macht es die Landesregierung allein (Kabinettsbeschluss, im Benehmen mit Landesplanungsbeirat).

Auf Regine folgt Phillip

Liebe Genossinnen und Genossen, mein Name ist Phillip Bock, ich bin 24 Jahre jung und euer Direktkandidat im Wahlkreis Rostock IV. Geboren und aufgewachsen bin ich in Rostock, wo ich noch heute im Stadtteil Stadtmitte lebe und derzeit an der Universität Geschichte und – ab Oktober – Erziehungswissenschaften studiere.



Phillip tritt Regines Nachfolge in ihrem Wahlkreis an

Zur Politik und damit auch zur Partei kam ich vor drei Jahren, als während des Bundestagswahlkampfes 2013 die NPD zahlreiche Kundgebungen in Rostock veranstaltete und ich auf den entsprechenden Gegenveranstaltungen meinen Unmut darüber Luft machte. So war der Antifaschismus schon von Beginn an eines der Themenfelder, in dem ich mich maßgeblich engagierte. Dazu kam dann die Arbeit im Bereich der Asyl- und Migrationspolitik, welche mit dem Antifaschismus beziehungsweise Antirassismus viele logische Verknüpfungspunkte hat. Für mich als

demokratischen Sozialisten war es im vergangenen Jahr selbstverständlich, den vielen geflüchteten Menschen in unserer Stadt zu helfen. So war ich den kompletten September mit meiner Katastrophenschutzinheit des Deutschen Roten Kreuzes in der Betreuung der Transitflüchtlinge, die über Rostock nach Skandinavien weiterflüchteten, eingesetzt. In dieser Zeit habe ich viel über mich selber gelernt, über Dankbarkeit, über Bescheidenheit und darüber, dass unsere Alltagsprobleme im Vergleich zu den Problemen dieser Menschen einfach nur banal und winzig klein sind.

Den Leuten, die sich dazu entschlossen haben bei uns in Deutschland zu bleiben, müssen wir klare Angebote der Integration machen. So ist beispielsweise die Anzahl an Sprach- und Integrationskursen zu erhöhen und für ein angemessenes Angebot an sozialverträglichem Wohnraum zu sorgen. Hier müssen Bund und Länder ran. Gerade die Knappheit an bezahlbarem Wohnraum ist kein Problem des vergangenen halben Jahres, sondern eines, das sich schon seit Jahrzehnten anbahnt und mit Blick auf den demographischen Wandel sowie den rapiden Anstieg der von Armut betroffenen Menschen noch verschärfen wird. Gleichzeitig mit dem sozialen Wohnungsbau müssen aber auch Stadtteile weiterentwickelt und so attraktiver gemacht werden, um den gegenwärtigen Trend, der Gentrifizierung aufzuhalten und umzukehren. Jeder Mensch soll in dem Stadtteil wohnen kön-

nen, in dem er es möchte und nicht dort, wo es der Geldbeutel ihm vorschreibt.

Die Art, mit der die Landesregierung in den letzten Jahren Politik für die jugendliche Generation betrieben hat, ist eine Farce und ging oft komplett an den jungen Menschen vorbei, hatte keinen Bezug zu ihrer Lebensrealität und wirkte einfach nur bes-



serwisserisch. Dies möchte ich im Landtag ändern, ich möchte eine Politik machen, die alle Teile einer Gesellschaft hört und ernst nimmt. Eine Politik, die nicht nur für, sondern auch mit und von den Menschen gestaltet wird. Ich denke, ein paar mehr jugendliche Ansätze würden dem Landtag in vielen Situationen gut tun.

Ich möchte die Stimme für diejenigen sein, die keine Stimme haben. Ich möchte in einem Bundesland leben, in dem jeder Mensch glücklich werden kann, ganz egal, wo er herkommt, wie alt er ist, ob oder an welchen Gott er glaubt, wie dick das Portemonnaie ist oder wen er liebt – kurzum, ein Mecklenburg-Vorpommern für alle.

Was sind „Schmidt’s linke Hände“?



Was, die kennen Sie nicht? Das sind Schülerinnen und Schüler vom Schul-Campus aus Laage.

Mit diesem Slogan auf ihren T-Shirts bekunden sie ihre Sympathie für ihre Lehrerin, **Frau Karin Schmidt!**

Auf die Frage warum sie sich so ausdruckstark zu ihrer Lehrerin bekennen,

sagte ein Schüler: „Frau Schmidt gestaltet einen lebendigen, interessanten Unterricht und fördert damit bei uns die Lust am Lernen, unser Interesse an der Beschäftigung u.a. mit geschichtlichen Fakten.“

Haben Sie Lust Frau Karin Schmidt, ob als Lehrerin, Stadtvertreterin, Mitglied des Kreistages oder Direktkandidatin zur Landtagswahl für den Wahlkreis 15, kennenzulernen, dann rufen Sie an, die Kontaktdaten finden Sie in dieser Zeitung!

Foto rechts: Karin Schmidt, nicht nur mit der Familie im Einklang



Hikmat Al-Sabty:

Lat uns tausamen schnacken... und riemen!

Millionen müssen vor Tod, Gewalt, Terror und Zerstörung fliehen. Wir möchten für diese Menschen da sein und ihnen solidarisch zur Seite stehen. Die Aufgaben der Integration sind dabei vielfältig: soziale Betreuung, Sprachkurse, Wohnraum, Ausbildung und Arbeit.

Die Landesregierung muss dringend handeln und den Kommunen dabei helfen, die soziale Betreuung der MigrantInnen abzusichern, da am Tag der Anerkennung des Asylstatus theoretisch die Stadt diese Aufgabe freiwillig übernehmen und finanzieren müsste. Angesichts knapper Kassen, brauchen wir eine landesweite Regelung, damit die Unterstützung der hier ankommenden Menschen abgesichert ist. Denn die eigentliche Integrationsarbeit fängt erst an und dafür werden qualifizierte Leute und Weiterbildungsangebote vor allem für ErzieherInnen und in der Erwachsenenbildung benötigt. Wichtige Aufgaben, die ich mir gerne vornehme für die kommende Legislatur.

Nun vertrat ich bereits besonders als migrationspolitischer Sprecher in den vergangenen fünf Jahren diesen Themenkreis. Die Arbeit in der Opposition dieser Landesregierung von SPD und CDU war schwer, wenn kaum irgendein Antrag mal ernst genommen und behandelt wurde. Um dem erdrückenden Gefühl des „Arbeitens für die Schublade“ zu entgehen und unsere Position außerparlamentarisch zu stärken, habe ich immer wieder den Kontakt und die Mitarbeit in engagierten Projekten gesucht und gefunden. Seit Jahren unterstütze ich „MV für Kobane“, eine Initiative, die Menschen in der umkämpften Region von Rojava im Norden Syriens durch die Bereitstellung von medizinischen Gütern hilft. In friedenspolitischen Missionen beobachtete ich die demokratischen Entwicklungen in der Ukraine 2014 ebenso wie schon 2011 auf dem Weg nach Palästina. Dort wurden wir als Friedensaktivisten letztlich dabei gehindert und schnell abgeschoben.

Woll het mi dat Läben dit Verlangen stillt,
هآي حل متعيشا دق قوشلا اذه نا
Het mi allens gäben, wat min Hart erfüllt,
يبلق دل قاتشرا يش لك هآي حل ايني نت حنم
Allens is verwunnen, wat mi quält un drew,
تاص غن مل او بادخل لك يفتخأ

Hew nu Fräden funnen - doch de Sehnsucht blew.

هسفن يقب قوشلا نكل مالسلا تندجو

Sehnsucht na dat lütte, stille Inselland,

هآيداه قري غص قري زج حلا قوشلا

Wo de Wellen trecken an den witten Strand,

ضيبألا لملرلا حلع تاجوملا مطالنت اهيف

Wo de Möwen schriegen grell in 't Stormgebrus,

ريدهلا عم ونونسلا رويط ينيغت اهيف

Dor is mine Heimat, dor bün ick to Hus

يتيب انه، ينيطوم وه اذه

Viele kennen das Mecklenburger Heimatlied (hier nur in der 2. Strophe) und die Sehnsucht, die daraus entspringt. Integration

durch Musik ist mein persönliches Anliegen. Mit meiner Band „Oudrud Elmahabbe“ vermittle ich Botschaften, die den Menschen, egal wo, Frieden und Hoffnungen übermitteln können. In deutscher und arabischer Sprache.

Das kulturelle Vermächtnis der niederdeutschen Sprache, unserem Plattdeutsch, ist lebendiger denn je. Sie wird weitergegeben von Generation zu Generation. Sie hält Einzug in Texte von jungen Hip-Hop-Bands und damit in die Sprache von jungen Leuten. In der Landesverfassung steht, dass es die

niederdeutsche Sprache zu schützen und zu fördern gilt. Schon Kinder in Kindergärten und Schulen im ganzen Land können durch die Fortbildung ihrer ErzieherInnen und LehrerInnen erste Erfahrungen mit Plattdeutsch machen. Vor allem jugendkulturelle Angebote können diese ersten Berührungen festigen und in eigene Ideen und in Musikprojekten wachsen und gedeihen lassen. Das Land kann solche Ansätze in allen Regionen fördern, zur Zusammenarbeit anregen und bei der Ausrichtung von Veranstaltungen unterstützen. Wir wollen, dass Platt auf der Bühne vibriert durch das Mikrofon von jungen Hip-Hoppers in landesweiten sogenannten Battles, also Reime-Wettbewerben. Warum nicht sogar das Mecklenburger Heimatlied von einer jungen MigrantIn vor Köpfe wippendem Publikum interpretiert bekommen? Das ist Gänsehaut pur - für Jung und Alt.

Ich bin verheiratet und habe zwei Söhne, die mich immer wieder erden und mir zeigen, was wirklich wichtig ist.

Aus den Zukunftsprojekten unseres Landtagswahl- kampfes: INTEGRATION ANPACKEN!

Integration ist die gegenseitige Annäherung von Aufnahmegesellschaft und Zugewanderten. DIE LINKE fordert für alle hier Lebenden das Recht auf kulturellen Austausch, Recht auf Obdach, Gesundheit als öffentliches, unteilbares Gut sowie das Recht auf Würde und Arbeit. Mit einer gut funktionierenden Aufnahme und Integration sollen die zu uns kommenden Menschen zügig am gesellschaftlichen Leben teilhaben und selbstbestimmt leben können. Wir begreifen die Zuwanderung vor

allem als Chance: wenn sie uns gelingt, wird die ganze Gesellschaft davon profitieren können.

Wir werden die Konzeption zur Förderung der Integration von Migrantinnen und Migranten in Mecklenburg-Vorpommern kontinuierlich fortschreiben. Sprachförderung und Orientierungskurse müssen bereits in der Erstaufnahmeeinrichtung erfolgen. Wir wollen die Einrichtung eines Sprach-, Kultur- und Integrationsmittler/-innen-Pools sowie ein flächendeckendes Netz für die Beratung und Begleitung der Flüchtlinge sicherstellen. Zudem braucht es mehr Personal für Beratung, Betreuung und Integration. Ferner wollen wir durch eine dezentrale Unterbringung die Inte-

gration der Geflüchteten fördern. Um den Geflüchteten von Beginn an ein selbstbestimmtes Leben in ihrer neuen Heimat zu ermöglichen, setzen wir uns für die Einführung einer Gesundheitskarte für AsylbewerberInnen ein.

Kosten: - Grundsätzlich ist der Bund in der Pflicht, Programme zur Integration aufzulegen und Sozialhilfekosten zu finanzieren.
- Für Beratung und Betreuung sind 500.000 €, für 64 Deutsch-Lehrkräfte 2,6 Mio.€, für zusätzliche Verwaltungsdienstleistungen (Übersetzungen, Zeugnisanerkennung) 5,8 Mio. € aufzubringen.
- Das entspricht einem Mehrbedarf von 8,9 Mio. € jährlich.

Plattdeutsches von Kurt Kaiser

Kurt Kaiser vertellt oewer:

De letzten Rostocker Ströper, Johrgang 1926.

Up denn Cover von mien Bauk: „Zehn Rostocker Ströper, Jahrgang 1926“ steiht dat Riemel:

„Im Rostocker Hafenrevier
zehn Ströper-Rangen,
über „zehn Negerlein“ sangen.
Erst spät wurde ihnen klar,
dass deren Schicksal ihr eigenes war.
Dem „Führer“ wollten sie alles geben,
als Fliegersoldaten
sich in die Lüfte erheben,
zu Kriegsheldentaten;
nach Hause kamen nur noch Vier.“ (1)

Dat wier för 70 Johr.

Un Hüt, 2016, sünd wi bloots noch Drei: Charlie Schmidt, Tedje Faust un ick, de disse Daach noch ehren 90. Geburtsdach fiern künn.

Wi drapen uns noch von Tied tau Tied, um unsen Schwur: „Nie werrer Krieg!“ waak tau hollen, denn wi leist hemm, as wi glücklich werrer tohus ankahmen wiern. Wi hemm uns ok verspraken, gegenoewer alle Minschen, de denn Fräden leiwen, glik wecker Afstammung und Religion sei sünd, uns moralische un wenn nödig, ok uns solidarische Pflicht tau erfüllen un nich wegtaukieken un tau schwiegen, wenn sik nationalistisches Denken un rechte Gewalt werrer breit maken wür!“

Wenn wi uns hüt drapen, hür ick am leiwsten tau wenn Charlie und Tedje sik wat vertellen, denn mi liggt mihr dat Schriewen as dat Räden. Un wenn se sick strieden, maak ick giern denn Schlichter. Oewer de Klönsnacks mit miene Kumpel wiern woll as Schall un Rook wegflagen un vergäten, wenn ick nicks dorvon upschräwen har. Dorvon hett sick bi mi nu all ein Hupen ansammelt un ick fragt all ´mal lut, wotau dat noch gaud sin sall, wenn ´t eh keiner läst. Charlie meinte, ick süll doch einen Verlag dat gäwen, de dorvon ´n Bauk rutgäwen künn, dat künn ´n Bestseller warden. „Dat kannst vergäten!“ säd ick: „Hüt entscheidet oewer Bestseller meist nich mihr de Inhalt, also wat einer schräwen hett, sonnern sien Lobby! Hest du dei nich, kannst di mit de Schrieweri awstrampeln!“

Tedje meinte: „Denn möst du mal sö ´n Horror-Bauk schriewen as disse Thilo Sarrazin, de mit „Deutschland schafft sik aw“ ´n Bestseller farig krägen hett.“

Un Charlie geew noch sienen Semp dortau: „Oewer dat, wat disse Thilo tau uns Flüchtlingspolitik prophezeit hett, möt ick noch nahdenken, oewer wieso de Amerikanerin, Monika Lewinsky, de woll bi Präsident Clinton „arbeit“ hett, mit ehren Schwienkram einen Bestseller farig kreech, is mi nich klar! Wenn dat so leicht is, wür ick ok schon giern mal unsen Bundespräsidenten – denn „Zonenjesus von

Rostock“, as em de „Heute-Show“ in ´n ZDF all einmal beteikent hett, wat inne Uren blasen! Ick kann nämlich perdü sonne Ort Apostel nich lieden, de ehr Muhl bi jede Gelegenheit klaukschieterig vull nähmen un oewer Frieheit süseln! – Wenn ick Gauck in Fernseh seih, woans he sick as Pharisäer professionell in Szene sett, kümmt in mi ümmer werrer de Frag hoch, ob he de richtige Mann för uns is. – Wat sall ick taun ´n Bispill von so ´n Minschen hollen, de inne Kark Gottes Wurd un de



Teihn Gebote prädiget: „Du sollst nicht Ehe brechen“, un sik sülvst nich doran hölt? Dat is doch einet Christen völlig unwürdig un ick kenn ok keinen Staatshauptling, de in wilde Ehe läwt. Un wenn einer Frieheit bi jede Gelegenheit labert un de Losung: „Macht Schwerter zu Pflugscharen!“ ane Wand hängen hett, is he noch längst kein Bürgerrechtkämpfer!“

„Dor hesst du recht“, säd Tedje: „Ick heff ok all hört, dat Gauck tämlich lat as Revoluzzer in de Gäng ´kehr un dat em weck Lüd, ick gloewe, von ´n „Demokratischen Upbruch“, all as „Trittbrettführer“ instuft hemm.

„Dat liggt nu all poor Johr tröch un könn wi woll vergäten“, versöcht ick denn lefer von miene Frün tau bremsen.

Oewer dormit wier nu Charlie gor nich inverstahn:

„Vergäten? Dat wull ick woll, wenn de Präsident sick besonnen har. Oewer nix is de Fall!“ eriefert he sick un stött dormit glik ein ´niegen Dialog an:

„Ick heff grad läst (2), dat Gauck in sien Räd an de Führungsakademie von de Bundeswehr in Hamburg de DDR-Soldaten, un dormit ok miene beiden Söhns, as scheidwütige Monster einersiets un de Bundeswehr as frädensstiftende Engel annersiets, beteikend hett, de man hüt för ehren Utlandinsatz laben un sägnen möst.“

„He förrert de Utlandsinsätze von de Bundeswehr un sägent se ok noch aw: „Gott mit uns! As dat einst Kaiser Willem deed!“

„Dor möt man doch fragen, woans dat de Herr mit de christlichen Teihn Gebote hölt,

taun Bispill: DU SOLLST NICHT TÖTEN, is dat föfte Gebot un DU SOLLST NICHT EHEBRECHEN., dat söste. So heff ick dat vör 80 Johr all in ´n Religionsunterricht liert!“

„Un uns Präsident makt genau dat Gegenheil.“

„Dat is doch heuchlerisch, orer?“

„Ja, oewer sien Ehefru schient dat trutzdem tau gefallen, solange hei för ´n gauden Unnerholt sorgt un ok sien Kinner nich vergäten deiht.“

„Na ja, uns Staat is riek un geiht nobel mit Präsidenten um, un wenn hei nu noch ´mal eine Amtstied schafft, is för sienen Clan, wotau ok noch sien jetzig First Lady gehürt, utsorgt.“

„Dat schafft he, dor gah ick jede Wett in, inschleimem gehürt tau siene starken Sieden. He biedert sik oewerall an, wo dat tau sienen Vördeil sin kann ´: bi uns orer in Polen, Israel, USA orer sünt wo up de Welt. Drei Irendoktorwürden, untähliche Literaturpriese, för ein Bauk wat he sülvst nich schräen hett, un ok noch de Utteiknung as Ihrenbörgen von Rostock un Berlin, wat mi am meisten ankoztt!“

So güng de Dialog twischen Charlie un Tedje, nu henn un her. Ick wull dortau ok noch miene Bidrach leisten un schlög Klaus Blessing un Manfred Manteuffel ehr Bauk mit denn Titel: „Joachim Gauck – DER RICHTIGE MANN?“ up, um denn früheren Bürgerrechtler Pfarrer Hans-Joachim Tschiche sien Meinung tau zitieren, mit de ick oewereinstimm:

„Die deutsche Öffentlichkeit tut so, als hätte sie nach einigen Nieten nun (mit Gauck als Bundespräsidenten) das große Los gezogen. Sie behängen ihn mit Würdungen, die er nicht verdient. Er ließ sich in München bei der Preisverleihung mit den Geschwistern Scholl vergleichen und wurde noch nicht einmal schamrot. Er hat niemals zur DDR-Opposition gehört, deren Akteure man im heutigen Sprachgebrauch Bürgerrechtler nennt. Er verließ erst Ende 1989 die schützenden Mauern der Kirche und kam über das Neue Forum in die Volkskammer. Aus dem Blätterwald tönt es nun: Der Bürgerrechtler Gauck. – Und er reist ohne Skrupel auf diesem Ticket durch die politische Landschaft. Er ist kein Vater der protestantischen Revolution, sondern gehört zu denen, die sie beendet haben. Endlich ist Gauck dort angekommen, wo er schon immer hinwollte – im konservativen Teil der westlichen Gesellschaft... Laut und deutlich will ich aussprechen: **Gauck ist die falsche Person.** Wir haben es mit einem tönendem Erz und einer klingenden Schelle zutun. Ich habe mich bisher gescheut, Joachim Gauck zu widersprechen. Nun will ich aber nicht mehr schweigen.“ (3)

As ick dit Charlie un Tedje vörläst har, würrn se ok sihr nahdenklich. Ihrst Tedjes

Frag, woans Gauck oewerhaupt Präsident warr künn, wo jeder Börgermeister orer Beamten entlaten wūr, sobald sik bi Akteninsicht rutstellen deed, dat he IM von de Stasi wier, bröchte uns Diskussion werrer in Gang. Charlie wūsst tau berichten, dat he hört har, dat Gauck sik Taugang tau sien Akt in de he as IM „Larve“ führt wūr, In-sicht nähmen künn un Tied naug kreech, dat all tau löschen. Dat hett he natürlich afsträden! Oewer wenn he nich, as dat heit: „Begünstigter von de Stasi“ wäst wier, har he dat gewiss nich farig krägen, dat sien Kinner nah ´n Westen utreisen un ok werrer inreisen dörften, un Gauck

sülwst zwei Reisepässe kreech, dat he twischen 1987 un 1989 elfmal in ´n Westen reisen künn. Ahn Taustimmung von de Stasi wier dat alls nich möglich wäst! Allein disse Fakten bewiesen woll ganz klor, dat Gauck Stasi-Kontakte söcht un dormit persönliche Vördeile erreicht hett. Un sien Charakter offenbort sik ok an de Tatsaak, dat he nahsten einstige Stasi-Mitarbeiter „erbarmungslos gejagt“ un „ehrenwerte Menschen... zum Selbstmord getrieben hat“. (4)

Ick gäv Charlie recht un antwurd ok up de Fragen von de Autoren Blessing un Manteuffel, ob Joachim Gauck „DER RICHTIGE

MANN“ orer „DER FALSCHER MANN“ is, mit miene vulle Oewertüging: „JOACHIM GAUCK IS DE FALSCHER MANN!“

Quellen:

(1) Kurt Kaiser „Zehn Rostocker Ströper, Jahrgang 1926“. „Buchhandlung Doberaner Hof“

(2) und (3) Blessing / Manteuffel: „Joachim Gauck. DER RICHTIGE MANN?“ eb edition berolina,

(4) Blessing / Manteuffel: Joachim Gauck. DER FALSCHER MANN? eb edition berolina

Kurt Kaiser - Ein Schriftsteller von besonderem Schlag

In der Mai-Ausgabe des KLARTEXT las ich mit Schmunzeln und Lachen einige Läschen von Richard Wossidlo, dem Sprachwissenschaftler und Liebhaber des Plattdeutschen.

Die volkskundlichen Leckerbissen hatte Kurt Kaiser vortrefflich ausgewählt. Als ständiger Autor des KLARTEXT bringt er uns Lesern durch seine eigenen Arbeiten und durch die Auslese von Werken Fritz Reuters und anderer niederdeutschen literarischen Größen die plattdeutsche Sprache nahe und macht sie uns vertraut.

Wer hört, daß Kurt Kaiser am 4. Mai 2016 seinen 90. Geburtstag beging, staunt über die lebhafteste Persönlichkeit dieses ehrenhaften Rostocker Bürgers. Seine aktive geistige Aufgeschlossenheit gegenüber den vergangenen und gegenwärtigen Zeitläuften zeichnet ihn aus.

Vor allem ist er ein Schriftsteller von besonderem Schlag. Bewundernswert ist nicht allein seine Produktivität, wenn man die Anzahl seiner literarischen Arbeiten und Veröffentlichungen betrachtet.

Beeindruckend ist die Kreativität, die erzählerische Breite und der weitgespannte Einfallsreichtum des Inhalts seiner Bücher. Dieses ideenreiche und dramatische Spektrum finden wir in den Romanen und Erzählungen, Reportagen und Anekdoten, Memoiren, mecklenburgischen Heimatschilderungen und Lokalskizzen und ebenso in den faktenreichen und humanistischen Werten vermittelnden biografischen Schriften.

Herausragend und für Kurt Kaisers Literatur typisch ist die moralische und politische Position, die stets in seinem gesamten vielfältigen Werk zum Ausdruck kommt.

Aus der Fülle der Belege dafür ist aus dem Vorwort zum historischen Roman „Armer Konrad“ eine Zeile zu nennen. Dort sagt der Autor, der Roman richte sich an die armen Konrads, die sich täglich mehren und nicht wehren: „Rüttle sie wach, damit sie

die Stunde ihrer Auferstehung und Freiheit nicht verschlafen.“

Ich möchte an dieser Stelle keine Rangliste der Werke Kurt Kaisers aufstellen. Jedoch in solchen Arbeiten, wie den „Geschichten und Sagen aus Mecklenburg – Wi Büffelskopp“, der dokumentarischen Erzählung „Zehn Rostocker Ströper“ und dem Reportagenbuch „Bülgen und Wachten – Wellen und Wogen“ – einer spannenden Beschreibung und Würdigung der Leistungen der Hochseefischer des Fischkombinats Rostock zur Zeit der DDR – sind glasklare Aussagen zur geschichtlichen Entwicklung nach 1945 enthalten.

Kurt Kaiser läßt keine Zweifel zu: Die Entgegnung der kapitalistischen Monopole und Konzerne der Kriegsverbrecher und der feudalen Großgrundbesitzer, die Schaffung volkseigener Betriebe, die demokratische Bodenreform „Junkerland in Bauernhand“, die Brechung des Vorrechts der Ausbeuterklasse und der Reichen auf den Zugang und die Aneignung von Bildung und Kultur, dazu die als antifaschistische Staatsräson konsequent durchgeführte Verfolgung, Ergreifung und Bestrafung von Naziaktivisten: Darin bestanden die Hauptleistungen, ja, die revolutionären Leistungen, der untergegangenen und im Kalten Krieg beiseitigten DDR.

Aus Kurt Kaisers Arbeiten gewinnen wir tiefe Einsichten in die deutsche Geschichte und die regionalen Ereignisse im mecklenburgischen und pommerschen Raum. Man erkennt: hier schreibt jemand, der erlebt, erfahren, erforscht, selbst mitgemacht und durchkämpft hat, was er, von einer inneren Besessenheit angetrieben, der Öffentlichkeit sagen will, sagen muss. Zugleich kommt die rücksichtslos ehrliche, freimütige Gesinnung des Schreibers zutage. Dabei ist der schriftstellerische Stil, über den er souverän verfügt, wahrhaftig kein laues Badewasser, sondern mitunter eine scharfe Lauge.

Es ist zu empfehlen, besser noch, zu for-

dern, Kurt Kaisers Themen und Genres vor allen den jüngeren Generationen anzutragen. Das trägt zur Bereicherung des Wissens und zu notwendigen politischen Erkenntnissen bei.

Hervorzuheben ist unbedingt, daß Kurt Kaiser viele seiner Arbeiten außer in Hochdeutsch auch in Plattdeutsch geschrieben hat. Als Ehrenmitglied des Plattdeutsch-Vereins „Klönnsnack Rostocker 7 e.V.“ bereitet er damit den Anhängern und Liebhabern des waschechten Mecklenburger Platt mächtig Freude.

Grüß- und Dankesworte an Kurt Kaiser anlässlich seines 90. Geburtstages kann man am besten mit Wünschen für seine Gesundheit, seinen wachen Geist und Witz und für den Erhalt der dichterischen Schaffenskraft abrunden.

Den Sinn seines Schreibens erklärt er in der Erzählung „Zehn Rostocker Ströper“, es wäre nicht nur zur Unterhaltung und Beruhigung gedacht, sondern zur Warnung und Erinnerung.

Zutreffend für die gegenwärtige Zeit lautet der letzte Satz in den „Ströpern“: Für uns alle, die den Frieden lieben und die Menschen, gleich welcher Abstammung und Religion achten und respektieren, besteht die moralische Pflicht, nicht länger wegzuschauen und nicht zu schweigen, angesichts rechter Gewalt.

Manfred Adam



Gedenktage mit beklemmender Aktualität

Vor 75 Jahren überfiel am 22. Juni 1941 Nazideutschland die Sowjetunion. Damit wurde der im September 1939 mit dem Einmarsch der Wehrmacht in Polen begonnene 2. Weltkrieg zu einem Völker- und Massenmord ausgeweitet, wie ihn die Welt bis dahin noch nicht kannte.

Getragen wurde dieses Verbrechen gegen die Menschlichkeit von einer beispiellosen nationalistischen und rassistischen Ideologie und Russophobie, die einen großen Teil nicht nur unseres Volkes unbegreiflich massenpsychologisch beeinflusste. Mit Erschrecken muss wahrgenommen werden, dass diese Art von Erzfeindschaft des Westens erneut ungeheuerliche Blüten treibt. In Vergessenheit könnte geraten, dass das alles schon 5 Jahre früher vor 80 Jahren begann.

Im Februar 1936 eröffneten Wahlsieg und damit eingeleitete soziale Veränderungen der Volksfrontregierung dem spanischen Volk den Weg in eine demokratische Entwicklung. Das stieß auf die erbitterte Gegenwehr der spanischen und internationalen Reaktion. Am 17. Juli 1936 putschten faschistische Generäle unter Franco gegen die rechtmäßige spanische Regierung. Der „Westen“ propagierte „Nichteinmischungs politik“. Als der Putsch am entschlossenen Widerstand des spanischen Volkes zu scheitern drohte, unterstützten die faschistischen Regierungen Deutschlands und Italiens ihn mit Truppen und Waffen. Der spanische Bürgerkrieg wurde so zum Testfeld für die vorwiegend heinkelsche(!) Waffentechnik und die Einsatzprinzipien vor allem der deutschen Faschisten – sozusagen die Generalprobe für den künftigen Völkermord. Während im Sommer 1936 in Berlin offiziell der Friedenssymbolik der olympischen Idee gehuldigt wurde, begann sozusagen in Sichtweite des olympischen Dorfes mit der Vorbereitung des Einsatzes

der „Legion Condor“ das Training für den „großen Krieg“. Sind da angesichts der olympischen Spiele 2016 in Rio Rückervermerken so unverstänlich?

Im Oktober 1936 genehmigte die Regierung der spanischen Republik die Aufstellung internationaler Brigaden. Mehrere Tausend Antifaschisten aus vielen Ländern waren dem Aufruf zur Unterstützung der spanischen Republik gefolgt, über 4000 allein aus Deutschland, darunter auch Überlebende des Einsatzes aus Rostock bzw. die später hier wirkten und auch begraben wurden. Zu ihnen gehören:

Harry Hadlich (25.07.1904 – März 1991), Mitglied 2. Bataillon Hans-Beimler-Brigade, Willy Jagow (14.04.1904 - 23.04.1991), Paul Ludwig (05.10.1910 - 02.10.1992), Karl Mewis (22.11.1907 - 03.01.1987), Leitungsmittglied d. internat. Brigaden, Juan Morales (14.05.1914 - ?), Albert Riebeling (14.05.1911 - 08.03.1972), Helmut Sebastian (13.05.1914 - 12.02.2002), Hermann Schuldt (23.06.1896 - 30.01.1980), Kdr. d. 2. Bataillons Hans-Beimler-Brigade.

Aber auch an Artur Becker (12.05.1905 - 16.05.1938), Kommissar im Thälmann-Bataillon und Hans Beimler (02.07.1895 - 01.12.1936), Kommissar der XI. Brigade, wird in Rostock gedacht.

Sie fielen in Spanien den Faschisten zum Opfer. Die Artur-Becker-Str. in Reutershagen und der Gedenkstein für Hans Beimler im Seehafen erinnern an sie. Helmut Sebastian erhielt als einziger damals noch in Rostock lebender Spanienkämpfer zum 60. Jahrestag des spanischen Bürgerkrieges aus der Hand des spanischen Königs die spanische Ehrenstaatsbürgerschaft. Die

damit verbundene Originalgrafik des spanischen Künstlers Rafael Alberti schenkte er der Basisorganisation VVN-BdA Rostock und hängt heute im Flur des KV Rostock DIE LINKE.

In seinem Lied über Hans Beimler sang Ernst Busch: „Eine Kugel kam geflogen – aus der Heimat kam sie her. Der Lauf war gut gezogen ... ein deutsches Schießgewehr!“ Heute ist Deutschland drittgrößter Waffenexporteur in der Welt – noch ein aktueller Bezug zum Gedenktage.

Und gleich noch einer: Am 11. Juni 2016 lud das Marinekommando Hohe Düne zu einem „Volksfest“ zum Tag der Bundeswehr ein. Eine kleine Gruppe vom Rostocker Friedensbündnis rief u.a. mit einem Transparent „Frieden schaffen ohne Waffen“ die Besucher dieses „Festes“ vor dem Tor der Dienststelle zum Nachdenken auf. Einer der dort Beschäftigten bemerkte im Vorbeigehen, dass ihm kein Beispiel bekannt sei, wo in der Welt Frieden ohne Waffen geschaffen worden wäre. Aus seiner Sicht hat der Mann sicher nicht ganz unrecht. Er hat nur in der Eile wohl zwei Gesichtspunkte übersehen: 1. propagiert er damit die alte Losung des Preußen Clausewitz, für den der Krieg nur die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln war und 2. dass es wohl immer auch darauf ankommt, in welche Hände Waffen kommen und für welche Politik und wessen Interessen sie eingesetzt werden.

Im Übrigen kann man durchaus zur Auffassung gelangen, dass die heutige Politik bloß die Fortsetzung des (kalten) Krieges mit anderen Mitteln ist.

„Wehret den Anfängen“ forderten schon „die alten Römer“ – möglichst, bevor wir schon wieder „mitten drin“ sind.

Jürgen Weise, VVN-BdA Rostock

Das Rostocker Friedensbündnis zum 75. Jahrestag des Überfalls auf die Sowjetunion

Am Morgen des 22. Juni 1941 überrannte die faschistische deutsche Wehrmacht die Grenze zur Sowjetunion. Ihre wochenlangen Truppenkonzentrationen im Osten, vonseiten der Sowjetunion unterschiedlich beurteilt, waren Kriegsvorbereitungen gewesen. Sogar der Termin des Überfalls war von Kundschaftern vorausgesagt worden. Ihren Voraussagen wurde aber nicht geglaubt. Lange hielt sich in der Sowjetunion die Formulierung vom „wortbrüchigen Überfall“ durch Deutschland. Sie nahm Bezug auf den Molotow-Ribbentrop-Pakt von 1939, der beiden Seiten sowohl eine zeitweilige Sicherheit an einer ihrer Fron-

ten als auch, durch sein geheimes Zusatzprotokoll, territoriale Gewinne versprach. Was weitsichtige Zeitgenossen damals schon kritisiert hatten, erwies sich jetzt: Mit Faschisten war und ist kein ehrlicher Vertrag zu schließen.

Auch dieser Krieg, wie jeder Krieg, hätte verhindert werden können. Aber es erschien den europäischen Mächten viel zu vorteilhaft, die Sowjetunion ausbluten zu lassen, als dass sie ernsthafte diplomatische Anstrengungen unternommen hätten. Einzelne Personen retteten unter großen persönlichen Risiken Juden und andere Verfolgte. Die anderen fielen der Vernich-

tungsmaschinerie anheim. Die Faschisten hatten genaue Vorstellungen davon, was sie aus dem Land herausholen wollten und was mit den Menschen geschehen sollte. Internationale Abkommen über die Behandlung von Kriegsgefangenen oder den Schutz der Zivilbevölkerung spielten für sie keine Rolle, wenn es um die Sowjetunion ging. Unser Bündnis sah 2014 auf einer Friedensfahrradtour im ehemaligen KZ Sachsenhausen eine Genickschussanlage, in der allein in den ersten Monaten nach dem 22. Juni 10.000 sowjetische Kriegsgefangene getötet und anschließend in mobilen Krematoriumsöfen verbrannt wor-

den waren. Führungskräfte aus anderen Konzentrationslagern hatten dabei zugehört und von dieser Technik gelernt. 3,3 Millionen sowjetische Kriegsgefangene kamen in Lagern um. Noch um ein Vielfaches höher war die Zahl der zivilen Opfer. Allein im belagerten Leningrad starb ein Drittel der Einwohner. Das Land mit dem anderen Gesellschaftssystem sollte niedergedrückt werden, nach außen hin begründet mit der These vom Volk ohne Raum und der Minderwertigkeit nichtdeutschen Lebens. Der Überfall auf die Sowjetunion ist kein Ruhmesblatt der deutschen Geschichte. Es ist daher kein Wunder, dass immer wieder versucht wird, ihn umzudeuten. Ebenso, wie der Überfall damals den rechten Kräften in der internationalen Politik nützte, profitieren diese heute davon, wenn die Umdeutung gelingt. Erst kürzlich wurde in einer Tageszeitung in Mecklenburg ein Buch beworben, das die These vom Präventivkrieg Hitlers vertrat: Die Wehrmacht sei nur einem drohenden Überfall seitens der Sowjetunion zuvorgekommen. Erschienen ist das Buch in einem der größten rechtsradikalen Verlage Deutschlands. Das Buch und die Werbung für das Buch

fördern die rechten Umtriebe, die unter Namen wie Pegida und AfD heute mit einer Selbstverständlichkeit die Straßen und die Parlamente für sich reklamieren, wie sie vor Jahren noch undenkbar gewesen wäre. Das ist unverantwortlich und muss angeprangert werden, gerade in dieser Zeit. In dieser Begünstigung rechter Kräfte sehen wir die Hauptgefahr der Umdeutung des 22. Juni 1941. Wir ziehen keine einfache Parallele zum Säbelrasseln der NATO an den russischen Grenzen heute. Die NATO ist nicht die faschistische Wehrmacht und Russland ist nicht die sozialistische Sowjetunion. Die bedingungslose Russland-Solidarität überlassen wir rechten Kräften, die damit nur ihre einseitige Kritik an den USA begründen und deutsche Verfehlungen nach bester nationalistischer Manier außen vor lassen. Die USA sind nicht das einzige Land, das kapitalistische Interessenpolitik betreibt. Die offizielle Bundesrepublik Deutschland steht ihnen mit ihrer Aufrüstung und ihrem Bestreben, überall in Krisengebieten militärisch dabei zu sein, in nichts nach. Wir fordern aber von den Verantwortlichen in Deutschland,

- ihre Unterstützung für die Truppenaufmärsche an den russischen Grenzen zurückzuziehen. Säbelrasseln provoziert und erhöht die Kriegsgefahr.
- der ideologischen Aufrüstung von rechts entgegenzutreten. Auch der 22. Juni 1941 wurde durch antidemokratische Ideologien und rassistische Propaganda vorbereitet. Rechte Umtriebe gewähren zu lassen, ist eine Garantie für künftige Kriege.
- die Anerkennung der Verbrechen des faschistischen Überfalls und der sowjetischen Opfer des Krieges ohne Ablenkung auf die immer wieder von Nationalisten besetzten Themen der deutschen Kriegsgefangenen sowie die Flucht und Vertreibung Deutscher. Diese Anerkennung muss auch gegenüber den Regierungen Russlands und der anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion geäußert werden und sie müssen in internationale Gedenkveranstaltungen zum Zweiten Weltkrieg einbezogen werden, auch wenn das für die offizielle Tagespolitik unbequem ist. Nur so schafft man die Basis für ein friedliches Miteinander in Zukunft.

Wahlkampfauftakt beim RotFuchs

Die Regionalgruppe Rostock des RotFuchs-Fördervereins traf sich am 25. Juni zur Vorbereitung der Landtagswahlen im September. Zu Gast war der Parlamentarische Geschäftsführer der Partei DIE LINKE im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, Peter Ritter. Nach der Vorstellung des Gastes durch Carsten Hanke, Vorsitzender der Regionalgruppe, stellte Peter Ritter in etwa 45 Minuten das Wahlprogramm seiner Partei vor. Es sei „das Ergebnis eines einjährigen Prozesses innerhalb der Partei“ und – nach seiner persönlichen Auffassung – zu lang. Nun erwartet der Wähler, der sich über die Inhalte einer Partei nähert, allerdings auch, daß diese auf alle seine Fragen eine Antwort oder zumindest einen Lösungsansatz bietet.

„Aus Liebe zu MV“ heißt es. Der Wahlkampf soll sich danach auf den Spuren norddeutscher Dichter bewegen. Mir schien der Wahlslogan zunächst ein wenig unpassend, denn die Probleme der Menschen in unserem Land sind doch mit Heimatliebe allein nicht zu lösen, aber Peter Ritter brachte Argumente dafür. Das wichtigste scheint mir zu sein, daß wir nicht den anderen dieses Feld allein überlassen können und uns mit diesem Land mindestens genauso identifizieren wie die Anhänger und Wähler der übrigen Parteien. Schwarz, Rosa, Grün und Braun behaupten das von sich nämlich auch. Peter ging dann auf einige inhaltliche Schwerpunkte des Wahlprogramms ein und erläuterte

sie dann in einer guten Art und Weise. Das ging über die Forderung nach einem Kulturfördergesetz über die Frage der öffentlichen Sicherheit zu Forderungen nach besonderer Förderung „abgehängter“ Regionen, speziell in Vorpommern. Für mich waren zwei Forderungen besonders wichtig: keine Bundeswehr in den Schulen und Zivilklauseln in das Hochschulgesetz des Landes. Es ist dringend geboten, der schleichenden Militarisierung



Einhalt zu gebieten! In der anschließenden Diskussion antwortete Peter Ritter auf zahlreiche Fragen der Besucher. Zur Frage einer möglichen / gewollten Regierungsbeteiligung: „Wir wollen nicht auf Teufel komm raus in die Regierung, sondern eine andere Politik im Land.“ Er ließ aber auch keinen Zweifel an seiner Auffassung, daß die Gestaltungsmöglichkeiten in der Regierung ungemein höher seien als in der Opposition.

In dem vorliegenden Wahlprogramm gibt es keinerlei Bezug auf die Geschichte. Nach Auffassung von Peter ist dazu in der Präambel des Koalitionsvertrages von 1998 alles gesagt worden. Er sieht das Programm als geeignet an, eventuell mögliche Koalitionsverhandlungen nach der Wahl zu führen oder auch als Grundlage für eine Oppositionspolitik. Als Fazit: Zu den Problemen im Land wird Stellung bezogen, Lösungsvorstellungen werden dargestellt, die Umsetzung dieses Programms würde unser Land ein Stück voranbringen. Mir selbst fehlt eine klare Ansage zum Thema Fördermittel. Das sind immerhin Steuergelder, die den Kapitalisten geschenkt werden. Hier hätte ich mir gewünscht: Vergabe nur unter der Bedingung der Schaffung tariflich bezahlter Dauerarbeitsplätze; Rückzahlungsklauseln und Haftung derjenigen, die diese Mittel in Anspruch nehmen wollen. Das wäre eine Aufgabe für DIE LINKE in der nächsten Legislaturperiode, unabhängig davon, welche Rolle sie im Landtag dann einnimmt. Welche Lösungsvorschläge Andere zu den Problemen des Landes machen, werden die Besucher unserer nächsten Veranstaltung hören können, Am 16. Juli im Mehrgenerationenhaus in Evershagen treffen wir uns mit Vertretern der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), die erstmalig zu den Landtagswahlen antritt.

Peter Möller

Kuba 57 Jahre nach der siegreichen Revolution - Teil IV

In Teil 3 fehlte zu den "libreta"-Waren der wichtige Fakt, dass Kinder unter sechs Jahren auch in den 90er Jahren stets täglich ihren halben Liter Milch bekamen, wie es die Allende-Regierung nach dem Beispiel Kubas 1969 auch in Chile eingeführt hatte, um zu verhindern, dass Menschen ihr Leben lang unter Schäden aus der Kindheit infolge von Eiweißmangel leiden müssen. Auch Speiseöl gehörte zu den Waren, die früher stark subventioniert auf "libreta" erhältlich waren. Seit einiger Zeit musste in den üblichen Läden gekauft werden, und da Speiseöl in Kuba weitgehend Butter ersetzt, diese ist etwa doppelt so teuer wie bei uns, ist der Preis des Öls nicht unwichtig für die Kosten in einem kubanischen Haushalt. Auf dem Parteitag im März wurde nun der Preis für Sojaöl um etwa 15% gesenkt. Der Wert dieser Maßnahme wird verständlich, wenn man berücksichtigt, dass Kuba sich mit einem Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt von einem Achtel bis einem Sechstel Deutschlands, das ist etwa die Hälfte des Pro-Kopf BIP in Brasilien, Argentinien und Venezuela, ein für ganz Lateinamerika vorbildliches Gesundheits- und Bildungssystem leistet und erhebliche Verteidigungskosten tragen muss. Da bleibt kaum etwas für Löhne und Gehälter übrig und entsprechend bescheiden sind die Mahlzeiten. Zum Lebensmittelangebot, den Verbrauchsgewohnheiten und den Veränderungen möchte ich einiges anfügen. Reis und Bohnen sind "die" Grundnahrungsmittel und nach meinen Erkenntnissen 1993 sagte ich, dass die Kubaner sehr "abwechslungsreich" essen, heute Reis mit Bohnen und morgen Bohnen mit Reis. Doch zu den erhältlichen Grundnahrungsmitteln gehörten immer auch die Kochbananen und die "batatas", die Süßkartoffeln. Fleisch gab es in den 90er Jahren kaum, aber 2000 sah man überall Stände mit gebratenem Hühnerfleisch. Inzwischen gibt es auch in den Lebensmittelläden gefrostetes Fleisch von Huhn, Rind und Schwein. Stände mit gebratenen Hähnchenteilen zu offenbar für viele moderaten Preisen sieht man oft. Überrascht war ich diesmal insbesondere vom umfangreichen Angebot der Fleischwaren von Rind und Schwein auf den Bauernmärkten. Das hatte ich 2010 überhaupt noch nicht gesehen, denn da sah ich ausschließlich Erzeugnisse aus dem Pflanzenbau. Der Verkauf an offenen Ständen ohne Kühlung ist gewöhnungsbedürftig, doch das Fleisch kommt frisch geschlachtet auf den Verkaufstisch und liegt nicht lange,

und zu Hause ist immer ein Kühlschrank. Kochbananen sind für mich in Scheiben geschnitten und in Öl gebraten eine Delikatesse und für viele Kubaner eine wesentliche Zwischenmahlzeit. Der geringere Zuckergehalt der "platanas" im Vergleich zu den Bananen dürfte für diese Möglichkeit und Beliebtheit der Zubereitung ausschlaggebend sein. Milch habe ich kein einziges Mal gesehen, doch gibt es Milchpulver in Abpackungen zu 500 g und 1 kg. Im Gegensatz zu Maismehl sucht man Weizenmehl in kubanischen Läden vergeblich. Brot und Brötchen aus Weizenmehl haben Backwarenläden aber immer im Angebot. Auch belegte Brötchen, Gebäck, Torten und Pizzas werden viel an Kiosken, Imbissständen ("bares" und in „cafeterías“) feilgeboten.



Offenbar können solche Einrichtungen wie die Bäckereien das Weizenmehl im Großhandel beziehen. Mein Freund José Ramón besorgte mir deshalb bei einem Pizzabäcker Mehl, als ich selbst Nudeln herstellen wollte. Doch sah ich auch mehrere Nudelsorten im Laden. Eier gibt es in besonderen Läden. So erfolgt der Warenumsatz schneller und eine Kühlung ist nicht erforderlich, wenn diese innerhalb eines Tages ihren Käufer finden. Dem dient ebenso der Verkauf vom offenen Lkw herunter. So kommen mehrere tausend Eier vom Hühnerhof gleich in die Kühlschränke der Haushalte auch mitten in Habana Centro. Eier werden in offenen Pappstiegen meist gleich zu 30 Stück gekauft. Nicht selten sieht man Leute, die gleich 60 Stück nach Hause tragen. Da dürfte der geringe Preis im Vergleich zu Fleisch der Grund sein. Dass es Weizenmehl nicht im Handel zu kaufen gibt, dürfte vor allem an der zu geringen Eigenproduktion von Weizen liegen, und da importierte Lebensmittel auch dazu dienen müssen, Kaufkraft abzuschöpfen, sind solche Waren (Säfte, verarbeitete Tomaten, Marmelade) meist dreimal so teuer wie in unseren Märkten. Bei Weizenmehl wäre das nicht machbar, denn dann kämen

die Bäcker mit ihrem vorteilhaft bezogenen Mehl in Konflikte. Dazu gibt es wenige Haushalte, die über einen Backofen verfügen, während Mikrowellen eher vorhanden sind.

Überraschend war für mich in diesem Jahr das sehr umfangreiche und relativ günstige Angebot an Körperpflegemitteln und Kosmetika. 1993 hatte man uns in einer Zigarrenfabrik in Pinar del Río angeregt, für Arbeiter braune Seife aus kubanischer Produktion zu kaufen, die es nur auf unzureichende Zuteilung über die "libreta" oder gegen Devisen gab.

Nun sah ich sogar in zahlreichen Läden, die eigentlich einladen, anderes zu kaufen, Kosmetika im Angebot und in einer Fülle und zu Preisen, die mit unseren Billiganbietern mithalten können. Körperpflegemittel haben zumindest für Kubanerinnen keinen niedrigeren Stellenwert als für deutsche Frauen.

Im Gegensatz zu den importierten Lebensmitteln und anderen Importwaren sind es wohl die kubanischen Frauen, die bei Pflegemitteln vertretbare Preise durchgesetzt haben. Bei den äußerst geringen Einkommen eines erheblichen Teils der Kubaner kann man Seife, Shampoo, Zahnpasta und

Zahnbürsten aber auch Waschpulver nicht zu teuer anbieten. Das Gesundheitswesen Kubas schließt auch damit Sauberkeit und Körperhygiene ein.

In Havanna gibt es in den einzelnen Stadtteilen eine Vielfalt an Geschäften und Spezialläden. Doch der große Fortschritt in der Verkaufskultur der letzten Jahre wurde mir im relativ übersichtlichen Santiago, mit seinen etwa 500.000 Einwohner deutlich. Ich war fast täglich in der "José A. Saco" einer 1.200 m lange verkehrsberuhigten Ladenstraße, die ein für den Osten Kubas erstaunlich umfangreiches Angebot hat. Wenn das Herz in der DDR 100 Waren wollte, gab es vielleicht 80 davon. Heute dürfte die Anzahl der Artikel in den Verkaufsregalen zehnmal so hoch sein. Ich halte es mit Frank Schöbel, der einmal meinte, dass er keine zwanzig verschiedenen Sorten Zahnpasta brauche. Gehen wir in einen Rostocker Großmarkt und räumen 99 von 100 verschiedenen Waren aus den Regalen, dann haben wir in etwa die Artikel dieser kubanischen Ladenstraße von Santiago. Doch sind die Menschen in Kuba weniger glücklich als in Deutschland?

21.06.2016 Günter Althaus

Termine aus HRO und LRO

Datum	Zeit	Veranstaltung	Ort	Raum
Do., 14.7.	15:00 Uhr	Karsten Kolbe zur Landtagswahl	Evershag.	MGH Gorki-Str. 52
Sa., 16.7.		Christopher Street Day 2016	Rostock	Neuer Markt
Mi., 20.7.	18:30 Uhr	Sitzung LRO-Kreisvorstand	Sieversh.	"Ziegenkrug"
Fr., 22.7.	14:00 Uhr	Wahlkampfauftakt am Leuchtturm	Rostock	Warnemünde
Di., 26.7.		Ostseebädertour	Graal-Mü.	Seebrücke
Di., 26.7.	14:00 Uhr	Skatrunde	Rostock	VS Bremer Str. 24
Do., 28.7.		Beginn der Briefwahl		
Do., 28.7.	16:00 Uhr	"DIE LINKE und die Landtagswahl am 4.9." Öffentliche Veranstaltung mit unserer Landesvorsitzenden Heidi Bluhm	Güstrow	Haus der Generationen, Weinbergstr. 28
Mi., 3.8.	17:00 Uhr	RotFuchs: Uwe Hiks über die AfD und die Verantwortung der Linkskräfte	Rostock- Eversh.	MGH Gorki-Str. 52
Sa., 6.8.	14:00 Uhr	LINKE-Sommerfest	Krakow	Am Jörnberg
Di., 16.8.	14:00 Uhr	Skatrunde	Rostock	VS Bremer Str. 24
Mi., 17.8.	18:30 Uhr	Kreisvorstand LRO	Broderst.	"Zur Mooreiche"
Sa., 27.8.	10-17 Uhr	12. Internationales Friedensfest	Graal-Mü.	Seebrücke
Do., 1.9.	18:30 Uhr	Ehrendes Gedenken zum Weltfriedenstag	Bad Dob.	Bachgarten
Mi., 7.9.	18:30 Uhr	Sitzung LRO-Kreisvorstand	Sieversh.	"Ziegenkrug"
Sa., 10.9.	10:30 Uhr	Ehrendes Gedenken zum Tag der Opfer des Faschismus	Güstrow	Friedhof
Di., 13.9.	14:00 Uhr	Skatrunde	Rostock	VS Bremer Str. 24
Do., 15.9.	15:00 Uhr	Regine Lück wertet die Landtagswahl aus	Rostock	MGH Gorki-Str. 52
Do., 27.10.	15:00 Uhr	Brigitte Schneider über die Arbeit der Vereine und Verbände in Rostock	Rostock- Eversh.	MGH Gorki-Str. 52

EIN BEEINDRUCKENDER BESUCH

Ohne Zweifel kann eine Betriebsbesichtigung beim kommunalen Traditionsunternehmen Rostocker Straßenbahn AG zu den Attraktionen unserer Stadt zählen. Naturgemäß stehen in einer Besuchergruppe von Senioren die Bedürfnisse älterer Fahrgäste im Vordergrund: Barrierefreiheit, Wartezeiten (Taktfrequenz), Haltestellen-Wünsche, Anschlussmöglichkeiten, Sicherheit und nicht zuletzt die Preisgestaltung. Im Besuchsverlauf erhalten wir einen Einblick in das komplexe Zusammenwirken der Unternehmensbereiche zur Gewährleistung des planmäßigen und zuverlässigen Nahverkehrs durch Bahnen und Busse. Bei der Vorstellung des neu eingeführten Verkehrskonzeptes „Mobil 2016“ wird deutlich, wie das Unternehmen auf den veränderten Bedarf an Beförderungsleistungen reagiert und dabei die Bedürfnisse aller Fahrgast-Gruppen berücksichtigt, ob im Schüler- oder Berufsverkehr, ob Rad- oder Rollstuhl-Fahrer, ob Studenten- oder Kinderwagen-Transport.. Wir sehen, wie den Entscheidungen zur Umgestaltung der Fahrpläne jeweils genaue Bedarfsanalysen zugrunde liegen, in denen die auf die Tagesstunden, wie auf die einzelnen Haltestellen bezogene Auslastung ermittelt wurde. Eine höhere Beförderungsleistung mit dem bestehenden Personalbestand und den vorhandenen Fahrzeugen zu erreichen, dafür war und ist entscheidend die Qualifikation und Einsatzbereitschaft wie auch die gegenseitige Ersetzbarkeit der Betriebsangehörigen. Uns werden die hohen Anforderungen an das Fahrpersonal bewusst. Der abschließende Werkstattbesuch vermittelt uns interessante technische Details der kürzlich beschafften

modernen Straßenbahn-Züge und einen Begriff vom Umfang der technischen Sicherstellung und Planung. Wir verabschieden uns in dem Wissen, dass wir Rostocker mit der RSAG ein sehr leistungsfähiges Verkehrsunternehmen besitzen, das sich im Städte-Vergleich sehen lassen kann und um das uns viele auswärtige Gäste beneiden. Wir danken dem Kundenmanager Herrn Reitz für seine Führung, seine Sachkunde und Transparenz bei allen Fragen. Nach dem Besuch muss ich an den Umstand denken, dass die Kosten der RSAG zu 52 % vom Beförderungsentgelt gedeckt werden. Beachtenswert finde ich, dass die Einführung des neuen Verkehrskonzeptes ohne Erhöhung der Fahrpreise erfolgte. Immerhin kann ich unter Verwendung eines Einzelfahrscheins für 2 Euro jede Haltestelle innerhalb der Tarifzone Rostock direkt erreichen (ohne Ring- und Rückfahrt), indem ich jeweils den nächstmöglichen Anschluss nutze, gleich ob mit Straßenbahn, Bus, S-Bahn oder Fähre. So ist z.B. eine Fahrt von der Südstadt nach Markgrafenheide mit dem ÖPNV um ein Vielfaches günstiger als im motorisierten Individualverkehr. Dennoch bleibt der Fahrpreis für manchen Rostocker hoch oder gar zu hoch. Durch die Preisgestaltung können mehr Fahrgäste gewonnen, der ÖPNV so gestärkt und damit der Klimaschutz begünstigt werden. Meine Steuern finde ich in einem Unternehmen, wie der RSAG, gut eingesetzt. Für eine höhere Subventionierung der Fahrpreise und des weiteren Ausbaus der Beförderungsleistungen bedarf es neben dem politischen Willen allerdings auch der notwendigen politischen Stärke und vieler Verbündeter.
Klaus Röber, Arbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik Rostock der Partei Die Linke

Impressum

V. i. S. d. P. Carsten Penzlin

Kreisvorstand DIE LINKE. Rostock
Geschäftsstelle Rostock
Kröpeliner Straße 24
18055 Rostock
Telefon: 0381-4920010
Telefax: 0381-4920014
E-Mail: info@dielinke-rostock.de
Internet: www.dielinke-rostock.de

Kreisvorstand DIE LINKE. Landkreis Rostock, Geschäftsstelle Güstrow, Markt 34, 18273 Güstrow
Telefon: 03843-687311
E-Mail: landkreis-rostock@die-linke-mv.de
Internet: www.die-linke-landkreis-rostock.de

Redaktion: Wolfgang Bergt, Peter Hörnig, Peter Möller, Dr. Carsten Penzlin
Layout: Carsten Penzlin
Internet: www.dielinke-rostock.de
E-Mail: redaktion.klartext@web.de

Druckerei Weidner GmbH, Auflage: 1.200

Spendenkonten der LINKEN:

Landkreis Rostock:
IBAN: DE31 2003 0000 0028 6067 07
BIC: HYVEDEMM300
Hypo-Vereinsbank
Rostock:

IBAN: DE51 1305 0000 0430 0020 84
BIC: NOLADE21ROS
OSPA Rostock

Die Auffassungen in veröffentlichten Leserbriefen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen vor.

Abonnement: 2,50 € pro Ausgabe
(Spende + Versandkosten)

LYRIK

Finderlohn (von Janina Niemann-Rich)

Such nicht an Orten
Wo du nicht findest
Was du suchst

Warum (von Janina Niemann-Rich)

Wasserhahntropfen
zermartern mein Hirn
im Jetzt

Nomen est Omen (von Jürgen Riedel)

erinnert
Namensklang des AfD-Zweiten Gauland
an viertes Reich:
Gau-Land?

Eine Fahrt zum Vernetzungstreffen in Berlin

Die Fahrt fing am sehr frühen Morgen in Rostock/Gelbensande an, bei fast leerer Autobahn war das Fahren eine gute Fahrt, die bis zum Berliner Ring andauerte, wo der LKW-Verkehr in Richtung Polen stark wurde. Aber kurz vor dem Ziel gibt man nicht auf, ein Glück, dass man reichlich Zeit eingeplant hatte.

Dann bis zur Zentrale der Linken durchgefahren, und sehr viel Glück gehabt (zwei Parkuhren waren außer Betrieb), denn das Parken vor der Zentrale ist richtig teuer.

Dann im Rosa-Luxemburg-Raum den besten Platz ausgesucht und bald trafen die Veranstalter ein: Tanju, Pascal und Manuela. Für die durstigen eintreffenden Teilnehmer wurde genug zum Trinken bereitgestellt. Die Teilnehmerzahl würde ich auf 28 Leuten schätzen und das aus dem ganzen Land von Saarbrücken bis nach Rostock.

Das Grußwort richtete Katja Kipping an uns alle, obwohl zur gleichen Zeit der Bundesvorstand zusammen saß. Aber ihre Zielsetzung war unser Seminar (was sie schon lange zugesagt hatte) und inhaltlich auch mit den Hartz-4-Verschärfungen und den Kosten der Unterkunft die volle Unterstützung der ganzen Partei hat. Auch andere Themen wie AfD und andere Parteien wurden angerissen, und es werden in nächster Zeit Flyer erstellt, die darauf Antwort in Kurzform geben werden. Mit welcher Energie sich Katja für Inhalte ihrer Sache einsetzt, ist schon bewundernswert.

Es wurde pünktlich angefangen um ein großes Paket abzuarbeiten. Wobei jeder

seine Erfahrungen eingebracht hat um sie auch zur Debatte zu stellen. Die Erfahrungen haben ergeben, dass die Großraumgebiete besser in der Hilfe für Hilfsbedürftige versorgt sind, als die weitläufigen Landgebiete. Auch der Vorschlag (Klaus) ist angenommen worden, dass erst ein



Begegnungsgespräch geführt werden soll, um danach ein Beratungsgespräch anzupfeilen. Das Begegnungsgespräch soll nur allein mit den Suchenden geführt werden. Gegen 12.30 Uhr war dann das Mittagessen angerichtet. Keine Erbsen-Suppe – sondern wie in Berlin üblich, Kartoffelsuppe mit sehr vielen Würstchen, kaum zu schaffen, aber da es gut schmeckte, wurde es fast alle. Gegen 13.30 Uhr gab es den Workshop 2, wo ungefähr die halbe Anzahl von Teilnehmern dabei war.

Dort hat Manuela die Abfragen dieser Runde durchgeführt, um ein Bild von akuten Dingen zu erhalten, die Sachlage zu klären und auch Erfahrungswerte in die Runde zu bringen, um auch bei anlaufenden Fragen gleich antworten zu können. Die Zeit bis 16.00 Uhr lief viel zu schnell, aber dann noch eine kurze Kuchen&Kaffeepause eingelegt, um dann wieder beide Workshops bis zum Ende zu führen. Es wurde vereinbart, bis spätestens Ende des Jahres 2016 eine gute informative Vernetzung auf die Beine zu stellen, um auch die weitläufigen Landstriche zu erreichen. Wenn wir Probleme in den behandelten Sachen haben, können wir uns ruhig an die drei Veranstalter wenden, und sie kommen zu uns ins Revier und veranstalten dann vor Ort ein Seminar. Also keine Scheu und bitte anfragen, auch bei mir. Das Seminarende wurde pünktlich gegen 17.00 Uhr eingeläutet und allen Teilnehmern eine gute Heimreise gewünscht.

Klaus Ledebuhr



Gewinner: Fußballfans. Nachrichtensendungen fallen aus oder werden stark verkürzt oder berichten auch noch über Fußball. DFB-Presskonferenzen werden in epischer Breite übertragen. Der Bundestrainer kratzt sich an den ...? Tagelang **das** Thema für unsere auf Spaßpatriotismus eingeschworenen Medien. Fußballprofis sind die wahren Helden unserer Zeit.

Verlierer: Normale Menschen. Nachrichtensendungen fallen aus oder werden stark verkürzt oder berichten auch noch über Fußball. DFB-Presskonferenzen werden in epischer Breite übertragen. Der Bundestrainer kratzt sich an den ...? Tagelang **das** Thema für unsere auf Spaßpatriotismus eingeschworenen Medien. Fußballprofis sind die wahren Helden unserer Zeit.

Monatszitate

„Aber es ist eben so: Wenn die Macht kulturlos ist, ist die Kultur machtlos.“ Sewan Latchinian, eh. Intendant des Volkstheater Rostock

Monatszahl

In der ganzen EU haben 21 Prozent der jungen Menschen unter 25 Jahren keinen Job – gut fünf Millionen.

Preisrätsel

Sie können gewinnen, wenn Sie die folgenden Fragen richtig beantworten und Ihre Antworten an die Redaktion schicken. Wer den KLARTEXT aufmerksam gelesen hat, dürfte kein Problem haben.

1. Welche Rostocker Abgeordnete scheidet aus dem Landtag aus?
2. Wo fand der Bundesparteitag der LINKEN statt?

Die Gewinnerin/den Gewinner des Preisrätsels erwartet eine Buchspende der Buchhandlung im Doberaner Hof. Die Antworten richten Sie bitte per Post oder E-Mail an die Redaktion, ein Redaktionsmitglied oder an einen der zwei Kreisvorstände Rostock oder Landkreis Rostock.

Einsendeschluss ist der 01.09.2016

